

REFLEXIONEN FIDELS

Das Imperium und die unabhängige Insel

- Die USA nutzen die Marinebasis in Guantánamo widerrechtlich als Folterlager
- Planungen für die Erweiterung der Einrichtungen zur Aufnahme illegaler Einwanderer

SEITEN II BIS V

RAUL AM 54. JAHRESTAG DES STURMS AUF DIE MONCADA

Wenn die neue Regierung der Vereinigten Staaten endlich von ihrer Arroganz abgeht und sich entschließt, zivilisiert Gespräche zu führen, so begrüßen wir dies

- Wir analysieren derzeit die Ausweitung der ausländischen Investitionen, sofern sie Kapital, Technologie und Märkte einbringen (...) ohne dabei die Fehler von früher zu wiederholen
- Die Einsparung von Brennstoffen hat strategische Bedeutung

SEITEN VI BIS VIII

REFLEXIONEN DES COMANDANTE EN JEFE

Das Imperium und die unabhängige Insel

• Die Geschichte Kubas in den letzten 140 Jahren ist die des Kampfes um die Bewahrung der nationalen Identität und Unabhängigkeit und die Geschichte der Evolution des Imperiums der Vereinigten Staaten, dessen ständiger Versuch, sich Kubas zu bemächtigen und die schrecklichen Methoden, die es heute anwendet, um sich die Vorherrschaft in der Welt zu sichern. Hervorragende kubanische Historiker haben dieses Thema zu verschiedenen Zeitpunkten in mehreren ausgezeichneten Büchern, die es wert sind, unseren Landsleuten zur Verfügung zu stehen, tiefgründig behandelt. Diese Reflexionen sind besonders an die neuen Generationen gerichtet, und zwar mit der Absicht, daß diese Tatsachen erfahren, die für das Schicksal unseres Vaterlandes sehr wichtig und entscheidend waren.

Erster Teil: Das aufgezwungene Platt Amendment als Anhang zur neokolonialen kubanischen Verfassung von 1901

Die "Doktrin der reifen Frucht" wurde 1823 von John Quincy Adams formuliert, der Staatssekretär und später Präsident war. Sie besagte, die Vereinigten Staaten würden es aufgrund des Gesetzes der politischen Schwerkraft unvermeidbar erreichen, sich unseres Landes zu bemächtigen, sobald die koloniale Unterordnung unter Spanien gebrochen würde.

Unter dem Vorwand der Sprengung des Schiffs "Maine" – ein Vorfall, der noch aufgeklärt werden muß und der zur Auslösung des Krieges gegen Spanien benutzt wurde, ebenso wie der Vorfall im Golf von Tonkin, der nachgewiesenermaßen als Vorwand für den Angriff auf Nordvietnam vorbereitet wurde - unterzeichnete Präsident William McKinley die Gemeinsame Resolution vom 20. April 1898, die erklärte, "... daß das Volk der Insel Kuba frei und unabhängig ist und dies von Rechts wegen sein soll", "... daß die Vereinigten Staaten durch die vorliegende Resolution erklären, daß sie weder den Wunsch noch die Absicht hegen, die Souveränität, die Macht oder die Herrschaft über die genannte Insel auszuüben, ausgenommen zu ihrer Befriedung, und sie versichern ihre Entschlossenheit, daß sie, sobald dies zuwege gebracht ist, die Regierung und Herrschaft der Insel ihrem Volk überlassen werden." Die Gemeinsame Resolution ermächtigte den Präsidenten, zur Beseitigung der spanischen Regierung in Kuba Gewalt anzuwenden.

Oberst Leonard Wood, der Oberbefehlshaber des Rough-Rider-Regiments und Theodor Roosevelt, Zweiter Befehlshaber der expansionistischen Freiwilligen, die in unserem Land an den Stränden in der Nähe von Santiago de Cuba landeten, als das mutige aber schlecht eingesetzte spanische Geschwader und seine an Bord befindliche Marineinfanterie schon von den US-Panzerkreuzern zerstört worden waren, forderten die Unterstützung der kubanischen Aufständischen, die unter sehr großen Opfern die spanische Kolonialarmee aufgerieben und außer Gefecht gesetzt hatten. Das Regiment der Rough Riders war ohne die Pferde gelandet.

Nach der spanischen Niederlage am 10. Dezember 1898 wurde der Pariser Friedensvertrag zwischen den Vertretern der Königin und Regentin von Spanien und denen des Präsidenten der Vereinigten Staaten unterzeichnet, in dem hinter dem Rücken des kubanischen Volkes vereinbart wurde, daß Spanien vollkommen auf sein Souveränitäts- und Eigentumsrecht über die Insel verzichtet und diese räumt. Kuba würde zeitweilig

von den Vereinigten Staaten besetzt werden.

Der damals schon zum US-amerikanischen Militärgouverneur und Generaloberst der Streitkräfte ernannte Leonard Wood erließ am 25. Juli 1900 den Befehl 301, durch den die Durchführung von allgemeinen Wahlen zu Abgeordneten einer verfassunggebenden Versammlung verfügt wurde, die am ersten Montag des Monats November 1900 um 12 Uhr mittags in der Stadt Havanna zusammentreten sollte, um eine Verfassung für das Volk von Kuba abzufassen und zu verabschieden.

Am 15. September 1900 wurden die Wahlen durchgeführt, bei denen 31 Abgeordnete aus den Parteien Nationalpartei, Republikaner und Demokratische Unionspartei gewählt wurden. Am 5. November 1900 trat die verfassunggebende Versammlung im Theater Irijoa von Havanna zusammen, welches aus diesem Anlaß den Namen Theater Martí erhielt.

General Wood erklärte in Vertretung des Präsidenten der Vereinigten Staaten die Versammlung für konstituiert. Wood verkündete den Versammelten die von der US-Regierung gehegten Absichten vorweg: "Wenn Sie die Beziehungen formuliert haben, die ihrer Meinung nach zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten bestehen sollen, dann wird die Regierung der Vereinigten Staaten ohne jeden Zweifel die Maßnahmen treffen, die ihrerseits zu einem endgültigen und autorisierten Abkommen zwischen den Völkern beider Länder führen werden, um der Förderung der gemeinsamen Interessen Impulse zu verleihen."

Die Verfassung von 1901 legte in ihrem Artikel 2 fest, daß "das Hoheitsgebiet der Republik sich aus der Insel Kuba, sowie den anliegenden Inseln und Kleininseln zusammensetzt, die mit ihr bis zur Ratifizierung des Pariser Friedensvertrags vom 10. Dezember 1898 der Souveränität von Spanien unterlagen."

Nachdem die Verfassung aufgesetzt worden war, war der Zeitpunkt gekommen, die politischen Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten festzulegen. Zu diesem Zweck wurde am 12. Februar 1901 eine Kommission von fünf Mitgliedern ernannt und beauftragt, in dieser Angelegenheit die entsprechenden Analysen und Vorschläge einzubringen.

Am 15. Februar lud Gouverneur Wood die Kommissionsmitglieder zu einem Angelausflug und einem Festessen in Batabanó ein, das an der wichtigsten Zugangsstraße zur Insel Isla de Pinos liegt, wie sie damals hieß, und die damals ebenfalls von den Truppen der Vereinigten Staaten besetzt war, die in den Unabhängigkeitskrieg Kubas interveniert hatten. In Batabanó gab er ihnen ein Schreiben des Verteidigungsministers Elihu Root bekannt, in dem die wichtigsten Aspekte des zukünftigen Platt Amendment enthalten waren. Gemäß den aus Washington erhaltenen Anweisungen sollten die Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten unter verschiedenen Gesichtspunkten geregelt werden. Der fünfte davon besagte, daß die Vereinigten Staaten, um ihnen die Pflichterfüllung zu erleichtern, die sich aus solchen schon erwähnten Abmachungen ergeben und zur Verteidigung der Vereinigten Staaten selbst, das Eigentumsrecht über Gebiete für Flottenstützpunkte erwerben und bewahren und diese an bestimmten spezifischen Orten aufrecht erhalten könnten.

Als die kubanische Verfassunggebende Versammlung die von der Regierung der Vereinigten Staaten geforderten Bedingungen erfuhr, verabschiedete sie am 27. Februar 1901 eine Stellungnahme, die der der US-Exekutive widersprach und in der die Einrichtung von Flottenstützpunkten beseitigt worden war.

Die Regierung der Vereinigten Staaten vereinbarte mit dem republikanischen Senator von Connecticut, Orville H. Platt, die Vorlage eines Zusatzes zum Gesetzesentwurf über den Militärhaus-

halt, welche die Einrichtung von US-Flottenstützpunkten auf kubanischem Boden praktisch in eine vollendete Tatsache verwandelte.

In diesem Zusatz (Amendment), der am 27. Februar 1901 vom Senat der Vereinigten Staaten und am 1. März vom Repräsentantenhaus verabschiedet, und von Präsident McKinley am darauf folgenden Tag unterzeichnet wurde, und das ein Anhang zum "Gesetz, das der Armee Kredite für das Haushaltsjahr erteilt, das am 30. Juni 1902 endet" ist, lautete der Paragraph über die Flottenstützpunkte wie folgt:

"Paragraph VII: Um die Vereinigten Staaten in die Lage zu versetzen, die Unabhängigkeit von Kuba aufrechtzuerhalten und dessen Volk zu schützen, sowie zur eigenen Verteidigung, wird die Regierung von Kuba den Vereinigten Staaten die notwendigen Ländereien für Kohlestationen bzw. Flottenstützpunkte an bestimmten Orten verkaufen bzw. verpachten, welche mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zu vereinbaren sind."

Im Paragraphen VIII wurde hinzugefügt: "Die Regierung von Kuba wird die vorangegangenen Bestimmungen in ein ständiges Abkommen mit den Vereinigten Staaten aufnehmen."

Die schnelle Verabschiedung des Amendment durch das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten ist auf den Umstand zurückzuführen, daß es sich kurz vor Beendigung seiner Legislaturperiode befand und Präsident McKinley über die sichere Mehrheit in beiden Kammern verfügte, um es ohne Schwierigkeiten zu verabschieden. Es war zu einem Gesetz der Vereinigten Staaten geworden, als McKinley am 4. März sein zweites Mandat als Präsident antrat.

Einige Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung hielten die These aufrecht, daß sie keine Berechtigung zur Vereinbarung des von den Vereinigten Staaten geforderten Amendment hätten, da das bedeutete, die Unabhängigkeit und Souveränität der Republik Kuba einzuschränken. So beeilte sich der Militärgouverneur Leonard Wood, am 12. März 1901 einen neuen militärischen Befehl herauszugeben, in dem erklärt wurde, daß die Versammlung berechtigt sei, die Maßnahmen zu vereinbaren, deren Verfassungsmäßigkeit bezweifelt wurde.

Andere Mitglieder der Versammlung, wie zum Beispiel Manuel Sanguily, vertraten die Meinung, daß die Versammlung sich eher auflösen sollte, als Maßnahmen zu vereinbaren, welche die Würde und Souveränität des kubanischen Volkes auf solch eine Art und Weise beleidigten. Aber auf der Sitzung am 7. März 1901 wurde erneut eine Kommission ernannt, um eine Antwort an Gouverneur Wood aufzusetzen, wobei der Bericht Juan Gualberto Gómez zufiel, der empfahl, unter anderem die Klausel bezüglich der Verpachtung der Stützpunkte für die Flotte bzw. für Kohlenlager zurückzuweisen.

Juan Gualberto Gómez kritisierte das Platt Amendment aufs schärfste. Am 1. April stellte er einen Bericht zur Diskussion, in dem er jenes Dokument deshalb anfocht, weil es den Prinzipien des Pariser Friedensvertrages und der Gemeinsamen Resolution widersprach. Aber die Versammlung setzte die Debatte über den Bericht von Juan Gualberto Gómez aus und beschloß, eine andere Kommission zu entsenden, um "die Absichten und Gesichtspunkte der Regierung der Vereinigten Staaten bezüglich all jener Angelegenheiten in Erfahrung zu bringen, die sich auf die Einrichtung der endgültigen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten beziehen und mit der Regierung selbst die Grundlagen eines Abkommens zu diesen Punkten auszuhandeln, um sie der Versammlung zur endgültigen Entscheidung vorzulegen."

Später wurde die Kommission gewählt, die nach Washington reisen würde. Zu ihr gehörten

Domingo Méndez Capote, Diego Tamayo, Pedro González Llorente, Rafael Portuondo Tamayo und Pedro Betancourt. Sie kamen am 24. April 1901 in den Vereinigten Staaten an. Am folgenden Tag wurden sie von Root und Wood empfangen, der zu diesem Zweck vorher in sein Land gereist war.

Die US-Regierung beeilte sich, öffentlich zu erklären, daß die Kommission auf eigene Initiative Washington besuche, ohne offiziellen Einladung.

Verteidigungsminister Root empfing die Kommission am 25. und 26. April 1901 und ließ sie eindeutig wissen, daß "das Recht der Vereinigten Staaten, die umstrittenen Klauseln durchzusetzen, ein dreiviertel Jahrhundert lang vor der amerikanischen und europäischen Welt erklärt worden sei und daß sie nicht bereit seien, - und dies bis zum Äußersten und selbst auf die Gefahr ihrer eigenen Sicherheit hin - darauf zu verzichten."

Die US-Beamten wiederholten, daß keine der Klauseln des Platt Amendment die Souveränität und Unabhängigkeit Kubas beeinträchtigen, sondern im Gegenteil, diese bewahren würden, und es wurde erklärt, daß man nur bei äußerst schwerwiegenden Unruhen eingreifen würde, und nur mit der Zielstellung, die innere Ordnung und den inneren Frieden zu gewährleisten.

Die Kommission gab ihren Bericht auf einer geheimen Sitzung am 7. Mai 1901 bekannt. Innerhalb der Kommission wurden ernsthafte Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Platt Amendment geäußert.

Am 28. Mai wurde ein Bericht zur Diskussion gestellt, der von Villuendas, Tamayo und Quesada aufgesetzt worden war, in dem das Amendment mit einigen Erläuterungen genehmigt und der Abschluß eines Abkommens über den gegenseitigen Handel empfohlen wurde.

Dieser Bericht wurde mit 15 gegen 14 Stimmen angenommen; aber die Regierung der Vereinigten Staaten ließ solch eine Lösung nicht zu. Sie teilte über Gouverneur Wood mit, daß sie allein das Amendment ohne Wertungen akzeptieren würde und warnte die Versammlung mit einem Ultimatum, daß das Platt Amendment "ein von der gesetzgebenden Gewalt der Vereinigten Staaten verabschiedetes Statut darstellt und der Präsident verpflichtet ist, es so, wie es ist, umzusetzen. Er kann es weder verändern noch modifizieren, bzw. etwas hinzufügen oder streichen. Die Handlung der Regierung, die das Statut verlangt, ist der Abzug der US-amerikanischen Armee aus Kuba, und das Statut genehmigt diese Aktion nur dann - und einzig und allein dann - wenn eine Regierung auf der Grundlage einer Verfassung eingesetzt worden ist und diese Verfassung in ihrem Text bzw. Anhang bestimmte eindeutige Bestimmungen enthält, die im Statut im Einzelnen aufgezeigt wurden [...] Wenn er schließlich diese Bestimmungen in der Verfassung vorfindet, ist er zum Abzug der Armee berechtigt; wenn er diese dort nicht vorfindet, dann ist er nicht zum Abzug der Armee berechtigt..."

Der Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten sandte der Verfassunggebenden Versammlung Kubas ein Schreiben, in dem er ausdrückte, daß das Platt Amendment als Ganzes und ohne irgendeine Erläuterung verabschiedet werden müsse, da es so dem US-amerikanischen Haushaltsgesetz beigefügt worden ist und er verwies darauf, daß im gegenteiligen Fall die Streitkräfte seines Landes nicht aus Kuba abgezogen würden.

Am 12. Juni 1901 wurde auf einer weiteren geheimen Sitzung der Verfassunggebenden Versammlung über die Annahme des Platt Amendment als Anhang zur Verfassung der Republik abgestimmt, die am 21. Februar verabschiedet worden war: 16 Abgeordnete stimmten mit Ja und 11 stimmten dagegen. Bravo Correo, Robau, Gener und Rius Rivera blieben der Sitzung fern und enthielten sich so der Stimme, um nicht für jene Ausgeburt zu stimmen.

Das Schlimmste des Amendment waren die Scheinheiligkeit, der Betrug, der Machiavellismus und der Zynismus, mit denen der Plan ausgearbeitet worden war, um sich Kubas zu bemächtigen, bis zu jenem Extrem, öffentlich die selben Argumente zu verkünden wie John Quincy Adams im Jahr 1823, die des Apfels, der durch seine eigene Schwerkraft fallen würde. Dieser Apfel ist dann endlich gefallen, aber er war faul, wie viele kubanische Denker in fast einem halben Jahrhundert voraussahen, angefangen bei José Martí in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts bis zu Julio Antonio Mella, der im Januar 1929 ermordet

wurde.

Niemand könnte besser beschreiben, was das Platt Amendment für Kuba bedeutete, als Leonard Wood selbst in zwei Auszügen aus einem vertraulichen Schreiben vom 28. Oktober 1901 an seinen Abenteuerkollegen Theodore Roosevelt:

"Natürlich wurde Kuba mit dem Platt Amendment wenig oder gar keine Unabhängigkeit belassen und das einzig Angebrachte ist jetzt, die Annexion zu erreichen. Das wird jedoch gewisse Zeit brauchen, und während dieser Zeit, in der Kuba seine eigene Regierung behält, ist sehr zu wünschen, daß es jemanden hat, der seinen Fortschritt und seine Verbesserung leitet. Es kann weder gewisse Abkommen ohne unser Einverständnis abschließen, noch Anleihen über bestimmte Grenzen hinweg aufnehmen und muß die sanitären Voraussetzungen einhalten, die ihm vorgeschrieben wurden. Aus all dem ist vollkommen offensichtlich, daß es sich voll in unseren Händen befindet und ich glaube nicht, daß es irgendeine europäische Regierung gibt, die es zu irgendeinem Augenblick als etwas anderes ansieht, als das, was es ist, eine echte Niederlassung der Vereinigten Staaten, und als solche sollte es von uns betrachtet werden." ... "Durch die Kontrolle, die sich sicherlich bald in Besitz verwandelt, werden wir bald praktisch den Welthandel auf dem Zuckermarkt kontrollieren. Die Insel wird sich nach und nach amerikanisieren, und zu gegebener Zeit werden wir eine der reichsten und am meisten erwünschten Besitzungen haben, die es auf der Welt gibt..."

Zweiter Teil: Die Anwendung des Platt Amendment und die Errichtung des Marinestützpunktes in Guantánamo als Rahmen der Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten

Ende 1901 kam es zu Wahlen, bei denen Tomás Estrada Palma mit 47% der Stimmen der Wählerschaft und ohne jegliche Opposition den Sieg davontrug. Der in Abwesenheit gewählte Präsident trat am 17. April 1902 die Reise von den Vereinigten Staaten nach Kuba an, wo er drei Tage später eintraf. Die Machtübernahme erfolgte am 20. Mai 1902 um 12 Uhr. Der Kongreß der Republik war bereits gewählt worden. Leonard Wood schiffte sich auf dem Kreuzer "Brooklyn" Richtung USA ein.

Im Jahr 1902, kurz bevor die Republik ausgerufen wurde, informierte die US-Regierung den frisch gewählten Präsidenten über die vier ausgewählten Orte für die Errichtung der Marinestationen gemäß dem Platt Amendment: Cienfuegos, Bahía Honda, Guantánamo und Nipe. Auch wurde kein geringerer als der Hafen von Havanna als "der für die vierte Marinestation vorteilhafteste Ort" ins Auge gefaßt.

Trotz ihres unrechtmäßigen Ursprung war die Regierung Kubas - an der viele von denen beteiligt waren, die um die Unabhängigkeit gekämpft hatten - von Anfang an gegen eine Bewilligung von vier Marinestützpunkten, denn sie meinte, zwei seien mehr als ausreichend. Zu einer Zuspitzung der Situation kam es, als die kubanische Regierung fest zu ihrer Position stand und eine definitive Ausarbeitung des Permanenten Abkommens der Beziehungen forderte, um so "ein für alle Mal und nicht nur stückweise sämtliche Punkte festzulegen, die Gegenstand des Platt Amendment waren, und den Geltungsbereich seiner Bestimmungen zu definieren".

Präsident McKinley war am 14. September 1901 an der Folge der auf ihn am 6. jenes Monats abgegebenen Schüsse gestorben. Theodore Roosevelt war soweit in seiner politischen Karriere aufgestiegen, daß er schon Vizepräsident der Vereinigten Staaten war, so daß er nach den tödlichen Schüssen auf seinen Vorgänger die Präsidentschaft übernommen hatte. Roosevelt erschien die Festlegung des Geltungsbereichs des Platt Amendment zu jenem Zeitpunkt nicht zweckmäßig, um die Errichtung des Marinestützpunktes in Guantánamo nicht zu verzögern, und zwar wegen dessen Bedeutung für die Verteidigung des Kanals, - dessen Bau auf dem zentralamerikanischen Isthmus von Frankreich begonnen und dann aufgegeben worden war - den die alles verzehrende Regierung des Imperiums um jeden Preis fertigstellen wollte. Sie war ebenfalls nicht daran interessiert, den Rechtsstatus der Isla de Pinos zu definieren. Daher wurde urplötzlich die Anzahl der in



Der US-Militärgouverneur Leonard Wood hatte den Auftrag, das Platt Amendment umzusetzen

Verhandlung befindlichen Marinestützpunkte verringert, der Verweis auf den Hafen von Havanna zurückgenommen und letztendlich die Genehmigung von zwei Stützpunkten - Guantánamo und Bahía Honda - vereinbart.

Nachträglich wurde in Anwendung des Artikels VII der der Verfassungsgebenden Versammlung aufgezwungenen Ergänzung am 16. und 23. Februar 1903 von den Präsidenten Kubas und der Vereinigten Staaten das Abkommen unterzeichnet:

"Artikel I.: Die Republik Kuba verpachtet den Vereinigten Staaten vorläufig, für einen von diesen benötigten Zeitraum zum Zwecke der Einrichtung von Kohlen- und Marinestationen die im folgenden beschriebenen Land- und Wassergebiete der Insel Kuba:

1. In Guantánamo..." (Es folgt eine komplette Beschreibung der Bucht und des angrenzenden Territoriums.)

"2. In Bahía Honda..." (Auch hier eine ähnliche Beschreibung)

In diesem Abkommen ist festgelegt:

"Artikel III: Obgleich die Vereinigten Staaten den Fortbestand der definitiven Souveränität der Republik Kuba in Bezug auf die oben beschriebenen Land- und Wassergebiete anerkennen, willigt die Republik Kuba ein, daß während des Zeitraumes der Besetzung dieser Gebiete durch die Vereinigten Staaten im Sinne der Bestimmungen des vorliegenden Abkommens diese die Hoheits- und Herrschaftsgewalt über die genannten Gebiete voll ausüben, mit Recht auf Erwerb zu staatlichen Zwecken der Vereinigten Staaten jeglichen Grund und Bodens oder anderen Eigentums innerhalb dieser Gebiete, ein Erwerb durch Kauf oder gewaltsamer Enteignung bei vollkommener Entschädigung ihrer Eigentümer."

Am 28. Mai 1903 begannen die Vermessungsarbeiten zur Festlegung der Grenzen der Marinestation in Guantánamo.

Im Abkommen vom 2. Juli 1903 zu diesem Thema wurden die "Durchführungsbestimmungen für die Verpachtung der Marine- und Kohlenstationen" beschlossen:

"Artikel I: Die Vereinigten Staaten von Amerika beschließen und vereinbaren die Zahlung eines jährlichen Betrages von 2.000 Peso in Goldmünzen der USA an die Republik Kuba während des Zeitraumes der Besetzung und Nutzung der im genannten Abkommen erwähnten Gebiete."

"Sämtliches in Privateigentum befindliches Land und andere Immobilien dieser Gebiete werden unverzüglich von der Republik Kuba angekauft. Die Vereinigten Staaten vereinbaren, der Republik Kuba die für den Kauf der genannten privaten Ländereien und Güter erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, und die Republik Kuba akzeptiert diese Beträge als Vorauszahlung des in der Vereinbarung festgelegten Pachtbetrages."

Das die Verpachtung regulierende Abkommen war von den Vertretern der Präsidenten Kubas und der Vereinigten Staaten in Havanna unterzeichnet worden. Ratifiziert wurde es am 16. Juli 1903 vom Senat Kubas, einen Monat darauf, am 16. August 1903, vom Präsidenten Kubas und am 2. Oktober vom Präsidenten der Vereinigten Staaten. Die Ratifikationsurkunden wurden am 6.

Oktober in Washington ausgetauscht, und die Veröffentlichung erfolgte am 12. des gleichen Monats und Jahres im Gesetzblatt Kubas.

Am 14. Dezember 1903 wurde bekanntgegeben, daß vier Tage zuvor, also am 10. jenes Monats, den Vereinigten Staaten die Gewässer- und Territoriumsareale zur Errichtung der Marinestation in Guantánamo in Besitz übergeben worden waren.

Für Regierung und Marine der Vereinigten Staaten war die Übergabe eines Teils des Territoriums der größten Insel der Antillen ein Grund großen Jubels; und das sollte gefeiert werden. Zu diesem Zweck trafen Schiffe des Karibik-Geschwaders und einige Kreuzer der Nordatlantikflotte in Guantánamo ein.

Die kubanische Regierung beauftragte den Chef für öffentliche Bauten von Santiago de Cuba mit der Übergabe jenes Landesteils, der theoretisch seit 10. Dezember 1903, jenem von den Vereinigten Staaten gewählten Datum, unter deren Oberhoheit stand. Er sollte der einzige Kubaner sein, der bei dieser Zeremonie zugegen war; und das auch nur für kurze Zeit, denn sowie er seine Aufgabe erledigt hatte, zog er sich ohne Händedruck oder Anstoßen in den benachbarten Ort Caimanera zurück.

Der Chef für öffentliche Bauten hatte sich zum Kreuzer "Kearsage" begeben, dem US-amerikanischen Flaggschiff mit Konteradmiral Barker an Bord. Um 12 Uhr wurden 21 Kanonenschüsse abgegeben und unter den Klängen der kubanischen Nationalhymne die kubanische Flagge, die auf diesem Schiff gehißt war, eingeholt. Unmittelbar danach wurde an Land, an einem Punkt, der Playa del Este genannt wurde, mit der gleichen Anzahl von Kanonenschüssen die US-amerikanische Flagge gehißt. Damit war der Festakt beendet.

Den Durchführungsbestimmungen des Abkommens gemäß durften die Vereinigten Staaten den übergebenen Grund und Boden ausschließlich für öffentliche Zwecke nutzen, also keinerlei Gewerbe oder Industrie betreiben.

Die Behörden der Vereinigten Staaten in diesen Gebieten und die kubanischen Behörden verpflichteten sich zur gegenseitigen Auslieferung von Justizflüchtigen, die Straftaten oder andere Delikte begangen haben, die der Gerichtsbarkeit der jeweiligen Seite unterliegen, und zwar immer, wenn dies von den Behörden der juristisch zuständigen Nation beantragt wird.

Für die in die genannten Marinestationen zu deren Benutzung und Verbrauch importierten Waren werden von der Republik Kuba weder Zölle noch sonstige Gebühren erhoben.

Das Verpachten der genannten Marinestationen beinhaltete das Recht auf Benutzung und Besetzung des an diese Land- und Wasserflächen angrenzenden Meeres, auf die Verbesserung und Vertiefung seiner Einfahrten und Ankerplätze sowie auf alle anderen Maßnahmen, die für den ausschließlichen Gebrauch, für den sie bestimmt wurden, erforderlich wären.

Obwohl die Vereinigten Staaten den Fortbestand der definitiven Souveränität Kubas über jene Flächen von Land und Wasser anerkannten, so sollten sie doch mit Bewilligung Kubas die "komplette Hoheit und Herrschaft" über die ge-

nannten Gebiete ausüben, solange sie diese gemäß den anderen bereits genannten Bestimmungen besetzt hielten.

In dem sogenannten Permanenten Abkommen vom 22. Mai 1903 zwischen den Regierungen Kubas und der Vereinigten Staaten hatte man die künftigen Beziehungen zwischen beiden Ländern präzisiert; das heißt, es wurde abgesichert, was Manuel Márquez Sterling als "das unerträgliche Joch des Platt Amendment" bezeichnete.

Das von beiden Ländern unterzeichnete Permanente Abkommen wurde vom Senat der Vereinigten Staaten am 22. März 1904 und vom kubanischen Senat am 8. Juni jenes Jahres abgezeichnet. Die Ratifikationsurkunden wurden am 1. Juni 1904 in Washington ausgetauscht. Daher ist das Platt Amendment eine Ergänzung zu einem US-amerikanischen Gesetz, ein Zusatz zur Verfassung Kubas von 1901 und ein permanentes Abkommen zwischen beiden Ländern.

Die mit dem Marinestützpunkt von Guantánamo gewonnenen Erfahrungen wurden genutzt, um in Panama gleichartige bzw. schlimmere Maßnahmen hinsichtlich des Kanals anzuwenden.

Im US-amerikanischen Kongreß wird oft die Methode angewandt bei der Diskussion eines seinem Inhalt und seiner Bedeutung nach notwendigerweise unaufschiebbaren Gesetzes Zusatzanträge mit einzubringen, um so die Abgeordneten zu zwingen, ablehnende Haltungen beiseite zu lassen bzw. aufzugeben. Solche Zusätze haben mehr als einmal die Souveränität zersetzt, um die unser Volk unermüdlich kämpft.

Im Jahr 1912 handelte der kubanische Staatssekretär Manuel Sanguily mit der US-Vertretung ein neues Abkommen aus, dem zufolge die Vereinigten Staaten auf ihre Rechte auf Bahía Honda verzichteten und im Gegenzug eine Erweiterung der Marinestation in Guantánamo bewilligt wurde.

In jenem Jahr, als es zur Erhebung der Partido Independiente de Color (Unabhängige Partei der Farbigen) kam, die von der Regierung des Präsidenten José Miguel Gómez (von der Liberalen Partei), brutal niedergeschlagen wurde, verließen US-amerikanische Truppen den Marinestützpunkt Guantánamo und besetzten mehrere umweit der Städte Guantánamo und Santiago de Cuba befindliche Ortschaften der früheren Provinz Oriente unter dem Vorwand, "Leben und Hazienda US-amerikanischer Bürger zu schützen".

Dann ging es im Jahr 1917 anlässlich des als "La Chambelona" bekannten Aufstandes in Oriente, den Elemente der Partido Liberal durchführten, die gegen den zur Wiederwahl von Mario García Menocal (der Partido Conservador) begangenen Wahlbetrug protestierten, so weit, daß Abteilungen der Yankees aus dem Marinestützpunkt sich zu diversen Punkten jener kubanischen Provinz begaben und als Vorwand dafür den "Schutz der Wasserversorgung des Stützpunktes" benutzten.

Dritter Teil: Die formelle Außerkraftsetzung des Platt Amendment und die Aufrechterhaltung des Marinestützpunktes in Guantánamo

Im Jahr 1933 ließ die Machtübernahme der Regierung der Demokraten unter Franklin Delano Roosevelt in den Vereinigten Staaten den Weg zu einer notwendigen Neuanpassung der Herrschaftsbeziehungen offen, die dieses Land über Kuba ausübte. Der Sturz der Tyrannei von Gerardo Machado unter dem Druck einer mächtigen Volksbewegung und die nachfolgende Einsetzung einer provisorischen Regierung unter Vorsitz des Universitätsprofessors für Physiologie, Ramón Grau San Martín, stellten ein ernsthaftes Hindernis zur Verwirklichung des vom Volk geforderten Programms dar.

Am 24. November 1933 gab der Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, eine öffentliche Erklärung ab, in der er zur Verschwörung von Batista und dem Botschafter in Havanna, Sumner Welles, gegen die Grau-Regierung ermunterte.

Diese beinhaltete das Angebot zum Abschluß eines neuen Handelsvertrags und zur Außerkraftsetzung des Platt Amendment. Roosevelt erklärte, daß "...jegliche Provisorische Regierung willkommen sei, in die das kubanische Volk sein Vertrauen setze". Es wuchs die Ungeduld der US-Regierung, sich Graus zu entledigen, denn seit Mitte November nahm der Einfluß eines jungen antiimperialistischen Kämpfers, Antonio Guiteras, in der Regierung zu, der in den darauffolgenden Wochen viele seiner radikalsten Schritte tun würde. Jene Regierung mußte schnell gestürzt

werden.

Am 13. Dezember 1933 kehrte der Botschafter Sumner Welles endgültig nach Washington zurück und wurde fünf Tage danach durch Jefferson Caffery ersetzt.

Am 13. und 14. Januar 1934 berief Batista eine Besprechung der Militärs in (der Kaserne) Columbia ein, der er vorsah und bei der er vorschlug, Grau abzusetzen und Oberst Carlos Mendieta y Montefur zu ernennen, was von der sogenannten Militärjunta von Columbia vereinbart wurde. Grau San Martín dankte in den frühen Morgenstunden des 15. Januar 1934 ab und schiffte sich am 20. desselben Monats als politischer Flüchtling nach Mexiko ein. Mendieta wurde schließlich am 18. Januar 1934 als Präsident durch Staatsstreich eingesetzt. Obwohl die Mendieta-Regierung am 23. Januar jenes Jahres von den Vereinigten Staaten anerkannt worden war, leiteten in Wirklichkeit Botschafter Caffery und Batista die Geschichte des Landes.

Der Sturz der genannten provisorischen Regierung von Grau San Martín im Januar 1934, die Opfer ihrer eigenen inneren Widersprüche und eines Arsenal von Druck, Manövern und Aggressionen geworden war, die der Imperialismus und seine kretolischen Verbündeten gegen sie ins Spiel brachten, bedeutete einen ersten und unabdingbaren Schritt zur Auferlegung einer oligarchisch-imperialistischen Alternative als Ausweg aus der nationalen kubanischen Krise.

Der Regierung mit Mendieta an der Spitze kam die Aufgabe zu, die Bedingungen der neokolonialen Abhängigkeit des Landes neu anzupassen.

Weder die erneut an die Macht gebrachte Oligarchie, noch die Regierung in Washington konnten damals den gegen den Neokolonialismus und seine instrumente gerichteten Gemütszustand des kubanischen Volkes ignorieren. Auch verkannten die Vereinigten Staaten nicht die Bedeutung der Unterstützung durch die lateinamerikanischen Regierungen – darunter Kuba – bei der schon vorauszusehenden Konfrontation mit anderen, im Entstehen befindlichen imperialistischen Mächten wie Deutschland und Japan.

In dem damals begonnenen Prozeß galt es Formeln zu strukturieren, um die erneute Funktionsfähigkeit des neokolonialen Systems zu gewährleisten. Die Politik der "guten Nachbarschaft" berücksichtigte die lateinamerikanische Opposition gegenüber dem offenen, von Washington in der Hemisphäre angewendeten Interventionismus. Die Politik von Roosevelt bezweckte, durch die diplomatische Formel der "guten Nachbarschaft" seinen kontinentalen Beziehungen ein neues Image zu schaffen.

Als eine der Anpassungsmaßnahmen wurde am 29. Mai 1934 ein neues Abkommen über die kubanisch-US-amerikanischen Beziehungen unterzeichnet, welches das vom 22. Mai 1903 abänderte, das damals von einem anderen, vielleicht entfernt verwandten Roosevelt unterzeichnet worden war, dem der Rough Riders, der in Kuba gelandet war.

Zwei Tage davor, am 27. Mai, morgens um 10.30 Uhr, wurde ein Attentat mit drei von Unbekannten aus einem Auto abgegebenen Schüssen auf den Botschafter der Vereinigten Staaten, Jefferson Caffery, verübt, der gerade, wie gewöhnlich seinen Wohnsitz in Alturas de Almendares verlassen wollte. Am nächsten Tag, dem 28.

Mai, wurde das Auto des Ersten Botschaftssekretärs der Vereinigten Staaten, H. Freeman Matthews, von mehreren, mit Maschinenpistolen bewaffneten Individuen, die in einem Auto fuhren, angegriffen, als das Fahrzeug, nachdem der Diplomat in der Botschaft ausgestiegen war, auf der Rückfahrt mittags auf der Allee Quinta Avenida im Stadtteil Miramar fuhr. Dabei wandte sich einer von ihnen an den Fahrer und sagte ihm, er solle Matthews bestellen, daß er ihm eine Frist von einer Woche gebe, um aus Kuba zu verschwinden; gleich darauf zertrümmerte er die Windschutzscheibe des Autos mit einem Schlag, und sie verschwanden.

Diese Handlungen offenbarten einen generellen Zustand der Feindlichkeit gegenüber den Vereinigten Staaten, und es könnte sein, daß sie die Unterzeichnung des neuen Abkommens der Beziehungen, welches das scheinbare Ende des unbeliebten Platt Amendment anging, beschleunigten.

Das neue Abkommen der Beziehungen verfügte die Aufhebung des Interventionsrechts der Vereinigten Staaten in Kuba sowie:

"Die Republik Kuba und die Vereinigten Staaten von Amerika haben, beiseit von dem Wunsch, die Freundschaftsbande zwischen beiden Ländern zu stärken und mit dieser Zielstellung die zwischen ihnen durch das am 22. Mai 1903 in Havanna unterzeichnete Abkommen der Beziehungen hergestellten Beziehungen zu verändern (...) folgende Artikel vereinbart:

[...]
"Artikel 3: Soweit die beiden Vertragsparteien nicht die Veränderung oder Außerkraftsetzung jener Bestimmungen des Vertrages vereinbaren, der vom Präsidenten der Republik Kuba am 16. Februar 1903 und vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika am 23. des selben Monats und Jahres unterzeichnet wurde, und welche die Verpachtung von Ländereien für Kohlen- und Marinestationen in Kuba an die Vereinigten Staaten von Amerika festlegen, werden die Bestimmungen des Vertrages über die Marinestation Guantánamo in Kraft bleiben. Bezüglich dieser Marinestation bleibt ebenfalls auf dieselbe Art und Weise und unter denselben Bedingungen die Zusatzregelung über die Marine- und Kohlenstationen weiterhin in Kraft, die am 2. Juli 1903 zwischen beiden Regierungen abgeschlossen wurde. Solange die genannte Marinestation von Guantánamo nicht von den Vereinigten Staaten von Amerika verlassen wird bzw. solange beide Regierungen nicht eine Veränderung ihrer jetzigen Begrenzung vereinbaren, wird sie die territoriale Ausdehnung beibehalten, das sie zur Zeit einnimmt, mit den Begrenzungen die sie zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des vorliegenden Abkommens hat."

Der Senat der Vereinigten Staaten ratifizierte das neue Abkommen der Beziehungen am 1. Juni 1934 und Kuba, am 4. Juni. Fünf Tage später, am 9. Juni, wurden in Washington die Ratifikationsurkunden des Abkommens der Beziehungen vom 29. Mai jenes Jahres ausgetauscht, mit dem das Platt Amendment formell abgeschafft wurde, aber der Marinestützpunkt Guantánamo bestehen blieb.

Das neue Abkommen legalisierte die bestehende Situation, in der die Marinestation Guantá-

mo sich befand, weshalb jene Teile der Verträge zwischen beiden Ländern vom 16. und 23. Februar und vom 2. Juli 1903 aufgehoben wurden, welche sich auf Ländereien und Gewässer in Bahía Honda bezogen, und jener Teil verändert, d.h. erweitert wurde, der sich auf die Gewässer und Ländereien der Marinestation Guantánamo bezog.

Die Vereinigten Staaten behielten die Marinestation in Guantánamo als strategischen Ort zur Überwachung und zum Schutz, um ihre politische und wirtschaftliche Vorherrschaft über die Antillen und Mittelamerika abzusichern und zur Verteidigung des Kanals von Panama.

Vierter Teil: Der Marinestützpunkt Guantánamo seit der formellen Aufhebung des Platt Amendment bis zum Sieg der Revolution

Nach der Unterzeichnung des Abkommens über bilaterale Beziehungen von 1934 wurde das Gebiet der "Marinestation" nach und nach befestigt und hergerichtet, bis sie im Frühling 1941 als operative Marinestation mit folgender Struktur eingerichtet war: Marinestation, Luftwaffenmarinestation, Stützpunkt des Marinekorps und Vorratslager.

Am 6. Juni 1934 hatte der Senat der Vereinigten Staaten ein Gesetz verabschiedet, durch welches das Marineministerium zur Unterzeichnung eines langfristigen Vertrags mit einem Unternehmen berechtigt wurde, das sich verpflichtete, die Wasserversorgung des Marinestützpunkts Guantánamo auf angemessene Weise abzusichern, aber vorher hatte es US-amerikanische Pläne zum Bau eines Aquädukts ausgehend vom Fluß Yateras gegeben.

Die Expansion schritt voran und um 1943 wurde durch einen Vertrag mit dem Unternehmen "Frederick Snare & Co.", das circa 9.000 zivile Arbeiter dafür beschäftigte, viele davon Kubaner, der Bau weiterer Anlagen vorgenommen.

Ein weiteres Jahr angestrengter Arbeit zur Erweiterung der militärischen und zivilen Einrichtungen des Stützpunkts war 1951. Im Jahr 1952 beschloß der Marine-Staatssekretär der Vereinigten Staaten, den Namen "U.S. Naval Operating Base" in "U.S. Naval Base" umzuändern und zu jenem Zeitpunkt war schon das Ausbildungszentrum in seine Struktur integriert.

DIE VERFASSUNG VON 1940, DER REVOLUTIONÄRE KAMPF UND DER MARINESTÜTZPUNKT IN GUANTANAMO BIS DEZEMBER 1958

Der Zeitraum von Ende 1937 bis 1940 war vom politischen Gesichtspunkt aus gesehen durch Maßnahmen charakterisiert, die eine Einberufung von Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung und deren Durchführung ermöglichten. Der Grund, warum Batista diese demokratisierenden Maßnahmen zuließ, war sein Interesse, Formeln anzuwenden, die es ihm erlaubten, sich im Zentrum der politischen Entscheidungen zu halten, womit er die Kontinuität seiner Macht bei der durch die von ihm instrumentalisierten Formeln entstandenen Neuordnung absicherte. Anfang 1938 wurde die Übereinkunft von Batista und Grau zur Einsetzung einer verfassunggebenden Versammlung öffentlich bekanntgegeben.

Die Verfassunggebende Versammlung wurde am 9. Februar 1940 eröffnet und beendete seine Arbeit am 8. Juni des selben Jahres.

Die Verfassung wurde am 1. Juli 1940 unterzeichnet und am 5. des Monats verkündet. Das neue Gesetz der Gesetze legte fest, daß "das Hoheitsgebiet der Republik sich aus der Insel Kuba, der Insel Isla de Pinos und den anderen anliegenden Inseln und Kleininseln zusammensetzt, die bis zur Ratifizierung des Pariser Friedensvertrags vom 10. Dezember 1898 der Souveränität Spaniens unterstanden. Die Republik Kuba wird keinerlei Pakte bzw. Abkommen unterzeichnen, die auf irgendeine Art und Weise ihre nationale Souveränität bzw. territoriale Integrität einschränken bzw. vermindern."

Die Oligarchie war sehr bemüht, die Verwirklichung der fortschrittlichsten Forderungen dieser Verfassung zu verhindern oder zumindest ihre Anwendung so weit wie möglich einzuschränken.

Fünfter Teil: Der Marinestützpunkt Guantánamo seit dem Sieg der Revolution

Seit dem Sieg der Revolution hat die Revolutionäre Regierung die illegale Besetzung dieses Teils unseres Hoheitsgebiets öffentlich verurteilt.

Andererseits haben die Vereinigten Staaten seit dem 1. Januar 1959 das widerrechtlich an sich gerissene Gebiet des Marinestützpunkts in Guantánamo in einen permanenten Fokus der Bedrohung, Provokation und Verletzung der Souveränität Kubas verwandelt. Dies geschah mit der Absicht, dem siegreichen revolutionären Prozeß Schwierigkeiten zu bereiten. Der Stützpunkt wurde immer in die von Washington entworfenen Plänen und Operationen zum Sturz der revolutionären Regierung einbezogen.

Vom Stützpunkt ausgehend fanden jeder Art Aggressionen statt:

- Abwurf von brennbaren Stoffen aus vom Stützpunkt kommenden Flugzeugen über freiem Gebiet;
- Provokationen durch US-Soldaten, einschließlich Beleidigungen, Würfe mit Steinen und Büchsen mit brennbaren Stoffen und Schüsse mit Pistolen- und Maschinengewehren;
- Verletzung der Hoheitsgewässer von Kuba und des kubanischen Staatsgebiets durch aus dem Stützpunkt kommende US-amerikanische Schiffe und Flugzeuge;
- Ausarbeitung von Selbstaggressionsplänen im Stützpunkt, um den bewaffneten Kampf zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten in großem Maßstab zu provozieren;
- Eintragung der vom Stützpunkt verwendeten Funkfrequenzen im Internationalen Frequenzregister innerhalb des Kuba zustehenden Rahmens.

Am 12. Januar 1961 wurde der Arbeiter Manuel Prieto Gómez, der dort seit mehr als drei Jahren arbeitete, aufgrund des "Delikts", Revolutionär zu sein, grausam von Yankee-Soldaten des Marinestützpunkts in Guantánamo gefoltert.

Am 15. Oktober des selben Jahres wurde der kubanische Arbeiter Rubén López Sabariego gefoltert und anschließend ermordet.

Am 24. Juni 1962 wurde Rodolfo Rosell Salas, ein Fischer aus Caimanera, von Soldaten des Stützpunkts ermordet.

Gleichermaßen hatten die beabsichtigte



Batista konspirierte mit dem Imperialismus, um die Revolution von 1933 zunichte zu machen



Im illegal von Kuba abgetrennten Territorium wurden Verbrechen, Aggressionen und Provokationen gegen unser Volk verübt

Fabrikation einer Selbstprovokation und der darauf folgende Aufmarsch von US-Truppen zu einer "berechtigten" Strafinvasion gegen Kuba zu jedem Zeitpunkt den Marinestützpunkt in Guantánamo als explosives Element vorgesehen. Ein Beispiel hierfür können wir in einer der Aktionen der so genannten "Operation Mongoose" finden, als am 3. September 1962 in Guantánamo stationierte US-Soldaten auf die kubanischen Posten schießen sollten.

Während der Oktoberkrise wurde der Stützpunkt an Militärtechnik und Personal verstärkt, wobei dessen Anzahl sich auf mehr als 16.000 Marineinfanteristen erhöhte. Angesichts des Beschlusses des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow, die in Kuba aufgestellten Atomraketen abzuziehen, ohne daß vorher die Revolutionäre Regierung zu Rate gezogen bzw. informiert worden wäre, legte Kuba die standhafte Position der Revolution in den sogenannten "Fünf Punkten" fest. Im fünften wurde die Räumung des Marinestützpunkts Guantánamo gefordert. Wir befanden uns am Rande eines nuklearen Krieges, in dem wir infolge der imperialen Politik zur Eroberung von Kuba die erste Zielscheibe wären.

Am 11. Februar 1964 verringerte Präsident Lyndon B. Johnson das im Stützpunkt arbeitende kubanische Personal um ungefähr 700 Beschäftigte. Es wurden ebenfalls Gelder konfisziert, die für Renten von hunderten kubanischen Arbeitern eingezahlt worden waren, die im Stützpunkt gearbeitet hatten und auf illegale Art und Weise wurde die Rentenauszahlung der in den Ruhestand versetzten kubanischen Arbeiter eingestellt.

Am 19. Juli 1964 wurde durch eine plumpe Provokation der US-amerikanischen Grenzschutzposten gegen die kubanischen Grenzschutzposten der junge, 17jährige Soldat Ramón López Peña während seines Wachdienstes in der Kasematte aus dem Hinterhalt ermordet.

Unter ähnlichen Umständen töteten am 21. Mai 1966 aus dem Stützpunkt abgegebene Schüsse den Soldaten Luis Ramírez López.

Im Mai 1980 haben in nur 21 Tagen mehr als 80.000 Mann, 24 Schiffe und etwa 350 Kampfflugzeuge an dem Manöver Solid Shield-80 teilgenommen, das die Landung von 2.000 Marineinfanteristen in dem Stützpunkt und die Verstärkung dieser Einrichtung durch weitere 1.200 Mann einschloß.

Im Oktober 1991, als der IV. Kongreß der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) in Santiago de Cuba tagte, wurde der kubanische Luftraum über dieser Stadt durch aus dem Stützpunkt kommende Flugzeuge und Hubschrauber verletzt.

Im Jahr 1994 diente der Stützpunkt zur Unterstützung der Invasion auf Haiti. Die US-Luftwaffe nutzte die Flughäfen der Enklave. Auf mehr als 45.000 stieg bis Mitte des darauffolgenden Jahres die Zahl der im Stützpunkt konzentrierten haitianische Emigranten.

Ebenfalls im Jahr 1994 kam es zur bekannten Migrationskrise infolge der Blockadeverschärfung, der härtesten Jahre der período especial, der Nichterfüllung des mit der Reagan-Regierung 1984 unterzeichneten Migrationsabkommens, der bedeutenden Verminderung der vereinbarten Visa und der Stimulierung der illegalen Emigration, einschließlich des Cuban Adjustment Act, einem Gesetz, das von Präsident Johnson vor mehr als 40 Jahren erlassen worden war.

Infolge dieser Krise verwandelte eine Erklärung von Präsident Clinton vom 19. August 1994 den Stützpunkt in ein Konzentrationslager der Migration für die kubanischen "Balseros", und zwar in einer Größenordnung von knapp 30.000 Menschen.

Schließlich wurde am 9. September 1994 ein Gemeinsames Kommuniqué der Clinton-Regierung und der kubanischen Regierung unterzeichnet, in dem sich die Vereinigten Staaten verpflichteten, den Zugang der abgefangenen illegalen Emigranten in ihr Staatsgebiet zu verhindern und jährlich mindestens 20.000 Visa zur Familienzusammenführung zu erteilen. Diese Menschen würden auf sicherem Weg in die Vereinigten Staaten reisen.

Am 2. Mai 1995 vereinbarten die Regierung Kubas und die der Vereinigten Staaten im Rahmen der Migrationsverhandlungen zusätzlich das, was dieses Mal Gemeinsame Erklärung genannt wurde. Darin wurde die Verfahrensweise zur Rückführung nach Kuba aller derjenigen festgelegt, die weiterhin versuchen würden, illegal in die Vereinigten Staaten zu emigrieren und von der US-Küstenwache aufgegriffen würden.



Der Stützpunkt Guantánamo hat sich in ein Haft- und Folterlager verwandelt.

Beachten Sie, es bezieht sich nur auf die illegalen Einwanderer, die von der Küstenwache abgefangen wurden. Die Grundlagen für ein unheilvolles Geschäft waren geschaffen: den Menschenhandel. Das Mörderische Gesetz wurde beibehalten. Kuba würde das einzige Land der Welt sein, das solch einer Peitsche unterliegt. Während etwa 250.000 Menschen auf sicherem Wege ohne das geringste Risiko gereist sind, ist im Gegensatz dazu die Zahl der Frauen, Kinder und Menschen jeden Alters unschätzbar, die bei dem blühenden Einwanderer-Handel umgekommen sind.

Ab der Migrationskrise von 1994 begannen auf Vereinbarung beider Regierungen hin die planmäßigen Treffen der militärischen Befehlshaber beider Seiten. Manchmal wurde ein verminter Gebietsstreifen durch tropische Unwetter und über die Ufer getretene Flüsse überschwemmt. Nicht selten haben unsere Pioniere ihr Leben aufs Spiel gesetzt, um Menschen zu retten, die diese militärische Sperrzone, zum Teil sogar mit Kindern, überquerten.

Zwischen 1962 und 1996 wurden 8.288 bedeutende Verletzungen ausgehend vom Marinestützpunkt Guantánamo registriert, einschließlich 6.345 Luftraumverletzungen, 1.333 Verletzungen der Hoheitsgewässer und 610 des Territoriums. Von der Gesamtheit der Verletzungen fanden 7.755 zwischen 1962 und 1971 statt.

DER MARINESTÜTZPUNKT IN GUNATANAMO NACH DER VERABSCHIEDUNG DES HELMS-BURTON-GESETZES

Dieses von Präsident William Clinton am 12. März 1996 unterzeichnete Gesetz legt in seinem Titel II über die "Hilfe für ein freies und unabhängiges Kuba", Abschnitt 201 über die "Politik gegenüber einer demokratisch in Kuba gewählten Übergangsregierung", Absatz 12 fest, daß die Vereinigten Staaten "vorbereitet sein" müssen, "um mit einer demokratisch gewählten Regierung in Kuba die Rückgabe des Marinestützpunktes der Vereinigten Staaten in Guantánamo zu verhandeln, oder das bestehende Abkommen im gegenseitigen Einvernehmen neu auszuhandeln". Das ist noch schlimmer, als das vom Militärgouverneur Leonard Wood, der gemeinsam mit Theodore Roosevelt zu Fuß in der Nähe von Santiago de Cuba landete: die Idee eines Annexionspolitikers kubanischer Herkunft der unser Land regiert.

Der Kosovo-Krieg von 1999 verursachte eine große Anzahl Flüchtlingen. Die in diesen Krieg der NATO gegen Serbien verwickelte Clinton-Regierung entschied, - wie gewohnt ohne jegliche vorangehende Anfrage - den Stützpunkt zur Unterbringung für eine gewisse Anzahl von ihnen zu verwenden, und teilte ihre Entscheidung zum ersten Mal Kuba mit. Unsere Antwort war konstruktiv. Obwohl wir gegen den ungerechten und illegalen Krieg waren, hatten wir keinen Grund, uns der humanitären Hilfe zu widersetzen, welche die Kosovo-Flüchtlinge eventuell benötigen. Wir boten sogar die Zusammenarbeit unseres Landes an, falls es notwendig wäre, zum Beispiel zur medizinischen Betreuung oder jegliche andere von ihnen benötigten Dienstleistungen. Letztendlich wurden die Kosovo-Flüchtlinge nicht auf den Marinestützpunkt in Guantánamo gebracht.

Im Manifest "Schwur von Baraguá" vom 19. Fe-

bruar 2000 wurde ausgedrückt, daß "zu gegebener Zeit - da es zum jetzigen Zeitpunkt keine vorrangige Zielstellung darstellt, obwohl es ein außerordentlich gerechtes und unverzichtbares Recht unseres Volkes ist - das illegal besetzte Staatsgebiet von Guantánamo Kuba zurückgegeben werden muß!" Zu jener Zeit standen wir voll im Kampf um die Rückkehr des entführten Jungen und gegen die Folgen der brutalen Wirtschaftsblockade.

DER MARINESTÜTZPUNKT IN GUANTANAMO SEIT DEM 11. SEPTEMBER

Am 18. September 2001 unterzeichnete Präsident Bush die Gesetzgebung des Kongresses der Vereinigten Staaten, die ihn als Antwort auf die Attentate vom 11. September zur Anwendung von Gewalt berechtigte. Bush stützte sich auf diese Gesetze, um am 13. November des selben Jahres einen militärischen Befehl zu unterzeichnen, durch den er die juristischen Grundlagen schuf, wonach als Teil des "Krieges gegen den Terrorismus" Festnahmen und Aburteilungen durch Militärgerichte von Individuen vorgenommen werden können, die keine US-Bürger sind.

Am 8. Januar 2002 teilten die Vereinigten Staaten Kuba offiziell mit, daß sie den Marinestützpunkt Guantánamo als Zentrum zur Inhaftierung für Kriegsgefangene aus Afghanistan verwenden würden.

Drei Tage später, am 11. Januar 2002 kamen die ersten 20 Häftlinge an, bis die Zahl von 776 Gefangenen aus 48 Ländern erreicht war. Natürlich wurde keine dieser Angaben erwähnt. Wir nahmen an, daß es sich um afghanische Kriegsgefangene handelte. Die ersten Flugzeuge landeten total überfüllt mit Gefangenen, und mit noch mehr Wächtern als Gefangenen. Am selben Tag gab die Regierung Kubas eine öffentliche Erklärung ab, in der sie ihre Bereitschaft erklärte, zur Unterstützung der erforderlichen medizinischen Betreuung, zu den Programmen im Sanitärbereich und im Kampf gegen Krankheitserreger und Plagen in jenen, den Stützpunkt umgebenden Gebieten unter unserer Hoheit beizutragen, bzw. auf jede andere nützliche, konstruktive und menschliche Art und Weise, die möglicherweise angebracht wäre. Ich erinnere mich an die Angaben, da ich persönlich an Details der Ausarbeitung der vom Außenministerium in Form einer Note vorgelegten Antwort auf die US-amerikanische Mitteilung teilnahm. Wie weit entfernt waren wir zu jenem Zeitpunkt davon, uns vorzustellen, daß die US-Regierung sich darauf vorbereitete, auf dem Stützpunkt jenes schreckliche Folterlager zu schaffen.

Die am 24. Februar 1976 erlassene Sozialistische Verfassung hatte im Absatz c) seines Artikels 11 festgelegt, daß "die Republik Kuba diejenigen Abkommen, Pakte und Zugeständnisse zurückweist und als illegal und nichtig ansieht, die unter Voraussetzungen der Ungleichheit abgeschlossen worden sind, bzw. welche ihre Souveränität und territoriale Integrität nicht anerkennen bzw. vermindern".

Als Antwort auf die offensiven Einmischungsversuche des Präsidenten der Vereinigten Staaten ratifizierte das Volk von Kuba am 10. Juni 2002 in einem nie da gewesenen Volksentscheid den sozialistischen Inhalt der Verfassung von 1976 und beauftragte die Nationalversammlung der Poder Popular diese zu reformieren, um unter anderen Aspekten aus-

drücklich das unwiderrufliche Prinzip niederzulegen, das die wirtschaftlichen, diplomatischen und politischen Beziehungen unseres Landes mit anderen Staaten beherrschen soll, und zwar durch folgenden Zusatz im Artikel 11, Absatz c): "Die wirtschaftlichen, diplomatischen und politischen Beziehungen mit jeglichem anderen Staat können niemals unter Aggression, Drohung oder Zwang einer ausländischen Macht ausgehandelt werden."

Nachdem am 31. Juli 2006 der Aufruf an das Volk von Kuba bekanntgegeben worden war, haben die US-amerikanischen Behörden erklärt, daß sie keine Migrationskrise wollen, sich aber vorbeugend vorbereiten, ihr zu begegnen, wobei die Nutzung des Marinestützpunkts in Guantánamo als Konzentrationslager der illegal auf dem Meer abgefangenen Emigranten in Betracht gezogen wird. In öffentlichen Erklärungen wird mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten mit der Zielstellung, die Aufnahmemenge der illegalen Emigranten zu erhöhen, Erweiterungen der zivilen Bauten im Stützpunkt durchführen.

Kuba hat alle möglichen Maßnahmen getroffen, um Zwischenfälle zwischen den militärischen Kräften beider Länder zu verhindern, und hat erklärt, daß es sich an die Verpflichtungen hält, die in der mit der Clinton-Regierung unterzeichneten Gemeinsamen Erklärung über Migrationsthemen enthalten sind. Warum so viel Gerede, Drohungen und Lärm?

Die symbolische Zahlung der Pacht für das Gebiet, welches der Stützpunkt in Guantánamo einnimmt, deren Summe jährlich 3.386,25 Dollar beträgt, wurde bis 1972 beibehalten, als die US-amerikanische Seite den Betrag auf eigene Initiative auf 3.676 Dollar neu festsetzte. Im Jahr 1973 wurde eine neue Wertberichtigung des ehemaligen Golddollar der Vereinigten Staaten vorgenommen und aus diesem Grund wurde der vom Schatzamt ausgestellte Scheck seitdem auf 4.085,00 Dollar jährlich erhöht. Jener Scheck geht zu Lasten der US-Marine, die verantwortlich für das Betreiben des Stützpunkts ist.

Die Schecks, die die US-Regierung als Pachtzahlung ausstellt, werden an den "Obersten Schatzmeisters der Republik Kuba" gerichtet, eine Einrichtung und ein Beamter, die seit vielen Jahren aufgehört haben, zur Struktur der Regierung von Kuba zu gehören. Jährlich wird dieser Scheck auf diplomatischem Wege gesendet. Der dem Jahr 1959 entsprechende wurde irrtümlich als nationales Einkommen verbucht. Seit 1960 bis zum heutigen Tag wurden diese Schecks niemals eingelöst und sind Beweis einer seit mehr als 107 Jahren erzwungenen Vermietung. Ich nehme an, konservativ betrachtet, daß es zehnmal weniger ist, als das, was die Regierung der Vereinigten Staaten für das Gehalt eines Lehrers pro Jahr ausibt.

Sowohl das Platt Amendment, als auch der Marinestützpunkt in Guantánamo waren überflüssig. Die Geschichte zeigt, daß sie in einer großen Anzahl von Ländern dieser Hemisphäre, in denen es nicht so eine Revolution wie unsere gegeben hat und das gesamte Staatsgebiet von den Transnationalen und den Oligarchien beherrscht wird, weder das eine noch das andere gebraucht haben. Die Werbung hat sich der in der Mehrheit schlecht ausgebildeten und armen Bevölkerung dieser Länder angenommen und steuert ihr Verhalten.

Vom militärischen Standpunkt aus gesehen sind ein mit schnellen Jagdbombern voll beladener atomarer Flugzeugträger und sein zahlreiches Geleit, unterstützt durch die Technik und die Satelliten, mehrfach mächtiger und können sich an jeden Ort der Welt bewegen, wo es dem Imperium opportun erscheint.

Der Stützpunkt ist dazu da, zu demütigen und die schmutzigen Dinge zu tun, die dort stattfinden.

Wenn auf den Sturz des Systems gewartet werden muß, dann werden wir warten. Die Leiden und Gefahren für die gesamte Menschheit werden groß sein, wie die jetzige Börsenkrise, und eine zunehmende Anzahl von Menschen prognostiziert es. Kuba wird warten, aber immer kampfbereit.

Fidel Castro Ruz
14. August 2007
18.10 Uhr

Die Einheit des Volkes ist die wichtigste Waffe der Revolution

Rede des ersten Vizepräsidenten des Staats- und Ministerrats, Armeegeneral Raúl Castro Ruz, zum Zentralen Festakt anlässlich des 54. Jahrestages des Angriffs auf die Moncada- und Carlos Manuel de Céspedes-Kasernen auf der Plaza de la Revolución "Mayor General Ignacio Agramonte" der Stadt Camagüey, am 26. Juli 2007, "Jahr 49 der Revolution"

Anwesende Freunde!

Bewohner von Camagüey, guten Morgen! Mitbürger!

Als wir genau vor einem Jahr die von unserem Comandante en Jefe in Bayamo und Holguín gehaltenen Reden hörten, konnten wir den harten Schlag, der uns erwartete, nicht einmal ahnen.

Am kommenden 31. Juli wird genau ein Jahr seit Fidels Bekanntmachung vergangen sein. Er entfaltet zur Freude unseres Volkes eine immer intensivere und äußerst wertvolle Tätigkeit, wie seine in der Presse veröffentlichten Reflexionen beweisen, obwohl er selbst in den kritischsten Augenblicken seiner Krankheit nicht aufgehört hat, sein Wissen und seine Erfahrung bei jedem wesentlichen Problem oder jeder bedeutenden Entscheidung beizutragen.

Es waren wirklich sehr schwierige Monate, obwohl mit einer genau entgegengesetzten Auswirkung als der, welche unsere Feinde erwarteten, die davon träumten, dass das Chaos Einzug halten und der kubanische Sozialismus endgültig zusammenbrechen würde. Wichtige US-amerikanische Beamte haben sogar die Absicht erklärt, die genannte Situation dazu zu nutzen, um die Revolution zu zerstören.

Diejenigen kennen unser Volk schlecht, die sich über seine Fähigkeit wundern, soweit über sich selbst hinauswachsen zu können, wie es die jeweilige Herausforderung erfordert, egal wie groß diese auch sei, denn das ist wirklich die einzige konsequente Haltung gegenüber unserer Geschichte.

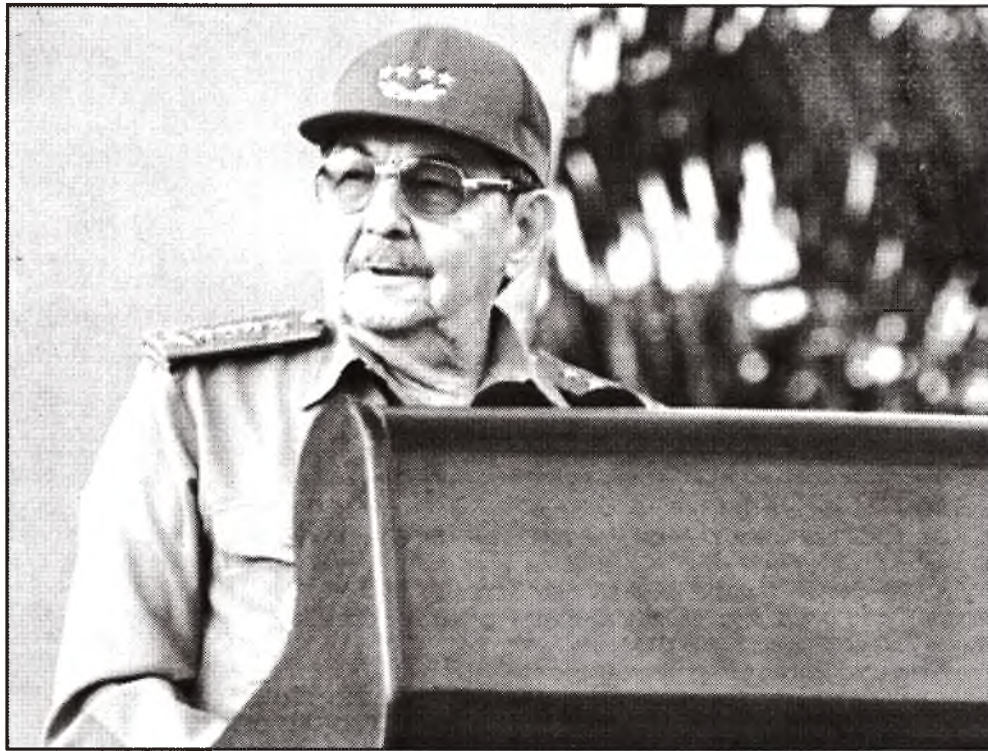
Es ist sehr bekannt, dass der von Kubanern vieler Generationen gelieferte Kampf, angefangen bei La Demajagua, über die Moncada bis zum heutigen Tag, immer gegen große Hindernisse und mächtige Feinde geführt wurde. Wie viele Opfer und Schwierigkeiten! Wie oft musste der Kampf nach jeder Niederlage erneut begonnen werden!

Allein auf die Jahre nach dem 26. Juli 1953 folgten Gefängnis, Exil, die Granma, der Kampf in den Bergen und im Flachland, und dann fünf Jahre, fünf Monate und fünf Tage nach dem Angriff auf die Moncada kam der erste Januar 1959.

Damals, genau wie es in der Gegenwart und sogar in den Vereinigten Staaten selbst geschieht, war die Lüge nicht in der Lage, die Wirklichkeit zu verbergen, trotzdem unser Volk eine viel geringere politische Bildung und ein viel geringeres politisches Bewusstsein als jetzt hatte.

Die riesige Mehrheit der Kubaner schloss sich der Sache an, die von einem Leader angeführt wurde, der die Wahrheit als wichtigste Waffe gegenüber den Feinden seines Volkes hochhielt, der, anstelle demagogische Versprechungen zu machen, seit der ersten Rede in Havanna darauf hinwies, dass ab jenem Zeitpunkt vielleicht alles schwieriger sein würde.

Die Schlussfolgerung der Oberhäupter der damaligen US-Regierung war ebenfalls konsequent mit ihrer Geschichte: dieses Volk musste besiegt werden oder wenn dies nicht erreicht würde, sollte jenes Volk, dass es sich traute, nach Gerechtigkeit, Würde und Souveränität zu streben, bis zum Unendlichen leiden. Das Beispiel, das Kuba in einem armen, unterworfenen und ausgebeuteten Kontinent darstellt, war zu gefährlich.



Aber es gelang ihnen nicht, uns in die Knie zu zwingen. Unsere Antwort bestand darin, uns massenhaft in Kämpfer zu verwandeln; unerschütterlich Mängel und Schwierigkeiten auszuhalten; unseren Schweiß auf dem Feld, in Fabriken und Schützengraben zu vergießen; unzählige siegreiche Schlachten zu liefern und Meilensteine bei der internationalistischen Hilfe zu setzen.

Vor den Überresten jedes der 3 478 Todesopfer von Terrorakten, die von den Behörden der Vereinigten Staaten direkt organisiert, unterstützt oder erlaubt wurden; vor den in Verteidigung des Vaterlands oder in Erfüllung der internationalistischen Pflicht Gefallenen bestätigte unser Volk die Verpflichtung gegenüber seinen Helden und Märtyrern, mit seinem Freiheitskämpfer der Mambi und dem Beispiel von José Martí, Céspedes, Maceo, Gómez und Agramonte, fortgesetzt von solchen Männern wie Mella, Martínez Villena und Guiteras, die Symbole für die Denkweise und die Handlung von unendlich vielen anonymen Patrioten sind.

Das war im Wesentlichen das letzte halbe Jahrhundert unserer Geschichte. Es gab zu keinem Augenblick eine Ruhepause gegenüber der auf die Zerstörung der Revolution gerichteten Politik der US-Regierung.

In dieser Schmiede der Anstrengungen und Opfer sind die Moral und das Bewusstsein dieses Volkes gewachsen. Ihm wurden Söhne von solchem Format wie Gerardo Hernández, Antonio Guerrero, Ramón Labañino, Fernando González und René González geboren, die fähig sind, mit Gelassenheit, Mut und Würde die Härte einer ungerechten Haft auf sich zu nehmen und dies auf verschiedene Gefängnisse in den Vereinigten Staaten verstreut.

Sie sind Beispiel, aber nicht die Ausnahmen. Die Kubaner und Kubanerinnen, die sich weder durch Gefahren noch durch Schwierigkeiten einschüchtern lassen, zählen Millionen. Die Heldentat ist etwas Tägliches in jedem Winkel dieser Erde, wie es unsere tapferen Sportler bei den Panamerikanischen Spielen beweisen.

So war es während mehr als 16 Jahren Sonderperiode, der anhaltenden Anstrengung des gesamten Landes, um die Schwierigkeiten zu meistern und weiter voran zu gehen – und so wird es sein müssen, da wir noch nicht aus der Sonderperiode heraus sind.

Deshalb ist es doppelt lobenswert, dass eine Provinz als Herausragend eingeschätzt wird, Bewertung die, wie bekannt ist, nach Überprüfung der erreichten Ergebnisse in den haupt-

sächlichsten Bereichen erteilt wird.

Dieses Mal haben dies Havanna-Stadt, Granma, Villa Clara und Camagüey erreicht, die wir im Namen des Comandante en Jefe, der Partei und unseres gesamten Volkes zu diesem wichtigen Sieg beglückwünschen. Ebenfalls Cienfuegos, Matanzas und Sancti Spiritus zur erhaltenen Anerkennung und Las Tunas, da in der Provinz bedeutende Fortschritte zu verzeichnen waren.

Um festzulegen, welche dieser Provinzen dieses Jahr Austragungsort des zentralen Festakts sein würde, hat das Politbüro ganz besonders die täglichen, heldenhaften Anstrengungen ohne viel Aufheben gegenüber den Schwierigkeiten bewertet. So hat es das Volk von "El Camagüey", wie die Mambi-Freiheitskämpfer sagten, getan, um diese Ergebnisse zu erreichen.

Die Fortschritte sind Ergebnis der Anstrengungen Hunderttausender Compañeros; der Arbeiter, der Bauern und der anderen Werktätigen; des unumgänglichen Beitrags der Intellektuellen, Künstler und Kulturschaffenden; der heldenhaften Hausfrauen und Rentner; der Mitglieder des Schülerverbandes FEEM und des Studentenbunds FEU; unserer Pioniere; des Frauenbundes FMC, der Komitees zur Verteidigung der Revolution CDR, des Kämpferbundes und der Parteigeietskomitees, die solch einen unersetzbaren Beitrag zur Gesellschaft leisten.

Ohne sie, ohne die alltägliche Arbeit, das tägliche Studium und Opfer so vieler Männer, Frauen und Kinder, würde das Horn der Kavallerie von Agramonte heute nicht erneut in diesen weiten Ebenen ertönen.

Nun gut, es darf nicht so geschehen wie im Baseball, wo die Siege nur den Baseballspielern gehören und die Niederlagen dem Teamchef. Es wäre nicht gerecht, wenn wir nicht öffentlich die wichtige Rolle anerkennen, die bei diesem Erfolg die Führungskräfte von Partei, Regierung, des Jugendverbandes UJC der Massenorganisationen und gesellschaftlichen Organisationen auf allen Ebenen gespielt haben, ebenso wie zahlreiche Verwaltungskader.

Besonders müssen wir hierbei die gute Arbeit des Genossen Salvador Valdés Mesa hervorheben, jetziger Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes CTC, der eine lange Zeitspanne und bis vor 13 Monaten Erster Parteisekretär der Provinzleitung war, und die ausgezeichnete Ablösung bis heute durch den Genossen Julio César García Rodríguez.

Es ist gerecht und notwendig, das in den letzten Jahren in diesen Provinzen und im gesamten Land Erreichte anzuerkennen, aber indem wir uns unserer Probleme, unserer Unzulänglichkeiten, Irrtümer und bürokratischen bzw. apathischen Verhaltensweisen klar bewusst sind, einige von denen unter den Umständen der Sonderperiode an Boden gewonnen haben.

Die wichtigen, in diesen Provinzen erreichten Ergebnisse hervorzuheben bedeutet nicht, zu verkennen, dass in allen anderen Teilen des Landes gearbeitet wird. In den Ostprovinzen musste das zum Beispiel unter sehr schwierigen Bedingungen geschehen und mit infolge objektiver und auch subjektiver Faktoren verursachtem Mangel an Ressourcen.

Jedoch nicht immer werden die Anstrengungen von gleichen Ergebnissen begleitet. Die Effektivität hängt in großem Maße von der Konstanz und der Organisation, besonders von der systematischen Kontrolle und Anforderung und davon, wieweit es gelungen ist, die Massen in den Kampf um die Effektivitätserhöhung einzubegreifen.

Es ist notwendig, alle für den täglichen Kampf gegen die eigenen Fehler zu gewinnen, welche die von äußeren Faktoren abgeleiteten objektiven Schwierigkeiten verschlimmern, besonders die durch die Wirtschaftsblockade der Vereinigten Staaten verursachten, die einen echten unversöhnlichen Krieg gegen unser Volk darstellen und die jetzige Regierung jenes Landes hat besonderen Groll darein gesetzt, die geringste Möglichkeit zu finden, um uns zu schaden.

Man könnte unzählige Beispiele aufzeigen. Ich werde mich darauf beschränken, die Hindernisse für kommerzielle und finanzielle Transaktionen des Landes im Ausland zu nennen, die in vielen Fällen dem Kauf von Nahrungsmitteln, Arzneimitteln und anderen Grundbedürfnissen der Bevölkerung gewidmet sind, und die Verweigerung des Zugangs zu Bankdienstleistungen durch Erpressung und die extraterritoriale Anwendung ihrer Gesetze.

Ebenfalls gibt es unüberwindbare Hemmnisse, die bis ins Lächerliche reichen, die von jener Regierung gegen die Reisen seiner Bürger nach Kuba auferlegt wurden und auch gegen die der dort ansässigen Kubaner zu Familienbesuchen und die Visa-Verweigerung nicht nur für unsere offiziellen Beamten, sondern für Künstler, Sportler, Wissenschaftler und überhaupt für jeden, der nicht bereit ist, die Revolution zu verleumden.

Zu all dem vorab Genannten kommen noch, wie kürzlich von unserem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an die Öffentlichkeit gebracht wurde, die Hemmnisse, um die in den Migrationsvereinbarungen festgelegte jährliche Minimalquote für Visa zu erfüllen.

Mit dieser Politik werden jene stimuliert, die zur illegalen Emigration greifen und dort wie Helden empfangen werden, oftmals nachdem sie das Leben von Kindern riskiert haben und trotzdem solch eine unverantwortliche Haltung nicht nur die Sicherheit der Kubaner gefährdet, sondern die der US-Amerikaner selbst, welche ihre Regierung ständig zu verteidigen behauptet, denn wer das Risiko eingeht, mit Menschenwesen zu handeln, der zweifelt möglicherweise nicht, dies auch mit Drogen, Waffen oder Ähnlichem zu tun.

Kuba wird seinerseits, wie das Land es bis jetzt getan hat, weiterhin seinen Verpflichtungen aus den Migrationsvereinbarungen nachkommen.

Die letzten zwölf Monate haben ein Beispiel der bemerkenswerten Reife unseres Volkes, seiner Prinzipienstärke, Einheit und des Vertrauens in Fidel, in die Partei und vor allem in sich selbst bedeutet.

Trotz des tiefgehenden Schmerzes, der uns ergriffen hatte, wurde keine Aufgabe vernachlässigt. Im Land herrscht Ordnung und es gibt viel Arbeit; die Leitungsorgane von Partei und Regierung funktionieren wie immer auf der kollektiven Suche nach der effektiv bestmöglichen Antwort auf jedes Problem.

Es gibt keine Angelegenheit bezüglich der Entwicklung des Landes und der Lebensbedingungen des Volkes, die nicht verantwortungsbewusst behandelt worden wäre und an deren Lösung nicht gearbeitet wird. Keine der Aufgaben der Ideenschlacht, der Energierevolution



oder anderer vom Comandante en Jefe veranlasster ist paralytiert. Wie es bei Dingen solcher Größenordnung immer geschieht, waren Anpassungen und Verlängerungen notwendig. Wir schließen nicht aus, dass aufgrund materieller Notwendigkeiten und uns allen bekannter Bedrohungen zukünftig weitere vorgenommen werden müssen.

DIE OPERATION CAGUAI RAN HAT ES ERLAUBT, DIE DEFENSIVE KAPAZITÄT DES LANDES SUBSTANTIELL ZU ERHÖHEN

Gleichzeitig hat sich unser Volk seitdem weiter mit Ernsthaftigkeit, Disziplin und ohne Prahlerei vorbereitet, um jegliches militärisches Abenteuer des Feindes abzuwehren.

Hunderttausende Milizangehörige und Reservisten der Revolutionären Streitkräfte haben gemeinsam mit den Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten der ständigen Streitkräfte die Operation Caguairán durchgeführt, die eine wesentliche Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit des Landes durch die Erreichung höherer Niveaus der Kampfbereitschaft als zu jeglichem anderen Zeitpunkt ermöglicht hat.

Das ist eine große Anstrengung zu einem Augenblick, wo die Mittel nicht reichlich vorhanden sind, aber es einfach unbedingt erforderlich ist. Es wird weiter wie bis jetzt mit der größten Rationalität getan werden, sowohl vom materiellen Standpunkt aus gesehen, als auch vom Standpunkt des Zeitaufwandes der Bürger.

Die Verteidigung kann nicht vernachlässigt werden! So orientierte uns der Comandante en Jefe und unterstrich dies ein weiteres Mal vor wenigen Tagen. Für uns ist es so, wie ich es so oft gesagt habe: den Krieg zu vermeiden bedeutet, ihn zu gewinnen, aber um ihn durch seine Verhinderung zu gewinnen, muss viel Schweiß vergossen und müssen nicht wenige Ressourcen investiert werden.

Die überzeugende Antwort des Volkes auf die Bekanntmachung des Comandante en Jefe führte alle Pläne des Feindes in eine Krise, aber jener, weit davon entfernt, die Realität einzuschätzen und seine Irrtümer zu berichtigen, verharrte dickköpfig darauf, weiterhin über den selben Stein zu stolpern. Sie spekulieren bezüglich einer angeblichen Lähmung des Landes und sogar bezüglich eines in Gang befindlichen "Übergangs". Aber so sehr sie auch die Augen zumachen, übernimmt es die Realität doch, jene überholten Träume zu zerstören.

Wie aus Pressemeldungen hervorgeht, wird die Operation Caguairán in den folgenden langen Monaten fortgesetzt werden. Das wird die Vorbereitung von ungefähr einer Million Mitbürger ermöglichen und als Abschluss die Strategische Übung Bastion 2008 haben, die wir Ende dieses Jahres durchführen werden.

Zu jenem Zeitpunkt werden wir also besser vorbereitet sein, um an allen Fronten standhalten und siegen zu können, einschließlich bei der Verteidigung.

WENN DIE NEUE US-STAA TSMACHT ENDLICH IHRE ARROGANZ BEISEITE LÄSST UND SICH ENTSCHLIESST, AUF ZIVILISIERTE ART UND WEISE UNTERREDUNGEN ZU FÜHREN, DANN SEI SIE WILLKOMMEN

Zu jenem Zeitpunkt wird es dann in den Vereinigten Staaten gegeben haben und das Mandat des jetzigen Präsidenten jenes Landes und seine umherirrende und gefährliche Regierungsweise, die von solch einer reaktionären und fundamentalistischen Denkweise bestimmt ist, dass kein Raum für eine rationelle Analyse auch nur irgendeiner Angelegenheit bleibt, wird zu Ende gegangen sein.

Die neue Regierung wird entscheiden müssen, ob sie die absurde, illegale und gescheiterte Politik gegen Kuba beibehält, oder den Olivenzweig annimmt, den wir anlässlich des 50. Jahrestages der Landung der Granma gehalten haben. Das heißt, als wir unsere Bereitschaft bekräftigten, den langen Konflikt mit der Regierung der Vereinigten Staaten unter gleichberechtigten Voraussetzungen zu diskutieren, da wir überzeugt sind, dass die Probleme dieser Welt, die immer vielschichtiger und gefährlicher sind, nur auf diesem Weg gelöst werden können.

Wenn die neue US-Staatsmacht endlich die Arroganz beiseite lässt und sich entschließt, auf zivilisierte Art und Weise Unterredungen zu führen, dann sei sie willkommen. Wenn das nicht so sein sollte, sind wir bereit, weiter ihrer Politik der Feindseligkeit zu begegnen, selbst weitere 50 Jahre, wenn es notwendig wäre.

Fünzig Jahre scheinen eine lange Zeit zu sein, aber wir feiern bald den 50. Jahrestag des Sieges der Revolution und den 55. der Moncada, und bei so vielen Aufgaben und Herausforderungen sind jene Jahre, fast ohne dass wir es bemerkten, vergangen. Außerdem sind fast 70 Prozent unserer Bevölkerung nach der Errichtung der Blockade geboren, sodass wir gut darauf trainiert sind, um dieser weiter standzuhalten und sie dann endlich zu besiegen.

Einige, die unter dem Einfluss der feindlichen Propaganda stehen oder einfach nur verwirrt sind, spüren weder die reale Existenz der Gefahr, noch die unbestreitbare Tatsache, dass die Blockade sowohl direkte Auswirkungen auf die größten wirtschaftlichen Entscheidungen, als auch auf die elementarsten Bedürfnisse jedes Kubaners hat.

Sie bedrückt uns auf direkte Art und Weise und alltäglich bei der Ernährung, im Verkehr, bezüglich der Wohnung und selbst deshalb, weil wir nicht die notwendigen Rohstoffe und

Geräte für unsere Arbeit haben.

Hierfür hat der Feind sie, wie wir schon sagten, vor fast einem halben Jahrhundert festgelegt und träumt heute weiter davon, uns mit Gewalt seinen Willen aufzuzwingen. Präsident Bush selbst besteht darauf zu wiederholen, dass er den Fortbestand der kubanischen Revolution nicht zulassen wird. Es wäre interessant, ihn zu befragen, wie er dies zu verhindern gedenkt.

Wie wenig sie aus der Geschichte gelernt haben!

In seinem am 18. Juni veröffentlichten Manifest hat Fidel ihnen ein weiteres Mal das gesagt, was Überzeugung jedes Revolutionärs dieser Insel ist: "Sie werden Kuba niemals bekommen!"

Unser Volk wird niemals auch nur einen Zollbreit den Versuchen irgendeines Landes oder einer Gruppe von Ländern, Druck bzw. Erpressung auszuüben, nachgeben, oder auch nur ein minimales einseitiges Zugeständnis machen, das darauf gerichtet wäre, jemandem Zeichen irgend einer Art zu entsenden.

Wir wissen, welchen Spannungen die Kader bezüglich unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben ausgesetzt sind, besonders an der Basis, wo die Rechnung zwischen den angehäuften Bedürfnissen und den zur Verfügung stehenden Ressourcen fast nie aufgeht.

Wir sind uns ebenfalls dessen bewusst, dass inmitten der extremen objektiven Schwierigkeiten, denen wir begegnen müssen, das Arbeitsentgelt ganz offensichtlich noch unzureichend, um alle Bedürfnisse zu befriedigen, weshalb es praktisch aufgehört hat, seine Rolle zur Erfüllung des sozialistischen Prinzips zu erfüllen, nach dem jeder nach seinen Fähigkeiten beiträgt und gemäß seiner Arbeitsleistung bezahlt wird. Dies hat Bekundungen sozialer Disziplinlosigkeit und Toleranz begünstigt, die sehr schwer zu beseitigen sind, wenn sie sich erst einmal festgesetzt haben, selbst wenn die objektiven Gründe verschwinden, die sie hervorgerufen haben.

Ich kann in aller Verantwortung behaupten, dass Partei und Regierung daran arbeiten, diese und weitere komplizierte und schwierige Angelegenheiten genauestens zu untersuchen, die eine integrale und gleichzeitig differenzierte Sichtweise an jedem konkreten Ort benötigen.

Alle, angefangen beim Leiter bis zum einfachen Arbeiter, haben wir die Pflicht, jedes Problem in unserem Tätigkeitsfeld mit Genauigkeit zu bestimmen und tiefgehend zu beurteilen, um es mit den angemessenen Methoden anzugehen.

Das ist etwas ganz anderes als die Haltung derjenigen, die die Schwierigkeiten wie einen Schild gegenüber der Kritik erheben, weil sie nicht mit der notwendigen Schnelligkeit und Ef-

ektivität gehandelt haben, oder weil ihnen die erforderliche politische Sensibilität und der politischer Mut fehlen, um zu erklären, warum etwas nicht unmittelbar gelöst werden kann.

Ich beschränke mich darauf, die Aufmerksamkeit auf diese entscheidenden Themen zu lenken. Das sind Dinge, die nicht mit einer einfachen Kritik bzw. Ermahnung zu lösen sind, selbst wenn das zu einem Festakt wie diesem geschieht. Dafür ist vor allem organisiertes Arbeiten, Kontrolle und Anforderung Tag für Tag erforderlich; Genauigkeit, systematische Ordnung und Disziplin von der Landesinstanz bis zu jedem einzelnen der tausend Orte, wo etwas erzeugt oder eine Dienstleistung erbracht wird.

ICH WEISE ERNEUT DARAUF HIN, DASS NICHT ALLES UNMITTELBAR GELÖST WERDEN KANN

Das Land arbeitet in dieser Richtung, wie in anderen ebenso wichtigen und strategischen. Das wird mit Dringlichkeit getan, aber ohne Verzweigung bzw. viele öffentliche Erklärungen, um keine falschen Erwartungen zu erzeugen. Denn mit der Aufrichtigkeit, welche die Revolution immer ausgezeichnet hat, weise ich erneut darauf hin, dass nicht alles unmittelbar gelöst werden kann.

Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass wir inmitten einer sehr schwierigen internationalen Wirtschaftssituation leben, bei der zu den Kriegen, der politischen Instabilität, dem Umweltschaden und dem Anstieg der Erdölpreise als scheinbar ständiger Tendenz vor kurzem die Entscheidung vor allem der Vereinigten Staaten hinzukam, wie Genosse Fidel öffentlich verurteilt hat, den Mais, die Sojabohnen und andere Nahrungsmittel in Kraftstoff zu verwandeln, wodurch deren Preise in die Höhe schießen und ebenso die der direkt von ihnen abhängenden Produkte, wie zum Beispiel Fleisch- und Milcherzeugnisse, die in den letzten Monaten in übertriebenem Maße gestiegen sind.

Ich werde nur einige Angaben machen. Das Barrel Erdöl liegt in diesen Tagen bei 80 Dollar, fast dreimal der Preis, den es vor knapp 4 Jahren hatte, als es bei circa 28 Dollar stand. Und das beeinflusst praktisch alles, denn etwas zu erzeugen bzw. eine Dienstleistung zu erbringen, erfordert eine bestimmte Menge Kraftstoff, ob es nun direkt oder indirekt geschieht.

Ein weiteres Beispiel: Der Preis für Pulvermilch betrug 2 100 Dollar pro Tonne im Jahr 2004, was eine große Anstrengung bedeutete, um das genannte Lebensmittel abzusichern, da für seinen Import 105 Millionen Dollar benötigt wurden. Um die für 2007 benötigte Menge zu erwerben, mussten 160 Millionen ausgegeben werden, da der Preis bis auf 2 450 Dollar pro Tonne in die Höhe getrieben wurde. In diesen vier Jahren fast 500 Millionen Dollar.

Im Augenblick übersteigt die Tonne 5 200 Dollar. Sodass für den Fall, dass der Zuwachs bei der Landesproduktion nicht beibehalten wird, für den Verbrauch des Jahres 2008 allein für Milchpulver 340 Millionen Dollar bestimmt werden müssen, mehr als drei Mal die im Jahr 2004 ausgegebene Menge, und das, wenn der Preis nicht weiter steigt.

Im Fall des geschälten Reises wurde dieser 2006 zu 390 Dollar pro Tonne notiert und wird heute zu 435 verkauft. Gefrierhähnchen haben wir vor wenigen Jahren zu 500 Dollar die Tonne gekauft, wir haben auf der Grundlage geplant, dass sie bis auf 800 steigt und in Wirklichkeit ist ihr jetziger Preis 1 186 Dollar.

Das ist der Fall bei faktisch sämtlichen Waren, die das Land zur Absicherung der Deckung der Grundbedürfnisse vor allem der Bevölkerung importiert und von denen man weiß, dass sie die Bevölkerung zu Preisen bezieht, die sich trotz dieser Realitäten faktisch unveränderlich gehalten haben.

Ich nenne hier Produkte, von denen mir scheint, dass sie hier angebaut werden können; außerdem scheint mir, dass wir Boden übrig haben; dazu scheint mir, dass die Niederschläge im vergangenen und in diesem Jahr recht ergiebig waren. Ich habe meine Fahrt nach hier per Auto realisiert und konnte sehen, dass alles grün und schön ist. Was jedoch am schönsten gediehen war und mir am meisten ins Auge stach war der schöne Wuchs des Marabus beiderseits der gesamten Strecke der Langstraße.

NIEMAND, WEDER DER EINZELNE NOCH EIN LAND KANN ES SICH LEISTEN, MEHR AUSZUGEBEN ALS VORHANDEN IST

Daher kann jegliche Lohnerhöhung oder Preissenkung, wenn sie real sein soll, nur aus einer gesteigerten und effizienteren Produktion oder Leistungserbringung hervorgehen, die zu höheren Einnahmen führt.

Niemand, weder der Einzelne noch ein Land kann es sich leisten, mehr auszugeben als vorhanden ist. Das ist etwas Selbstverständliches, doch nicht immer denken und handeln wir konsequent in Bezug auf diese unausweichliche Realität.

Um mehr zu besitzen, muss man damit beginnen, in zweckmäßiger und effizienter Weise mehr zu produzieren, um Importe kürzen zu können, an erster Stelle jene Nahrungsmittel, die hier gedeihen und deren einheimische Produktion noch längst nicht den Bedarf decken kann.

Wir sind gezwungen, dem Boden mehr abzugewinnen; der Boden ist vorhanden; sei es nun mit Traktoren oder mit Ochsen gespannen, so wie früher, als es noch keine Traktoren gab, und schnellstmöglich und ohne zu improvisieren jeden einzelnen Erfahrungswert der führenden Produzenten sowohl des staatlichen als auch des privaten Sektors der Bauern zu verallgemeinern und der harten Arbeit unter der drückenden Hitze unseres Klimas einen entsprechenden Anreiz entgegen zu setzen.

Zum Erreichen dieses Zieles werden strukturelle und konzeptuelle Veränderungen erforderlich sein.

In dieser Richtung ist man bereits aktiv und schon zeigen sich einige bescheidene Ergebnisse. Wie von der Nationalversammlung des Poder Popular gefordert, wurde Ordnung in die Bezahlung der Bauern gebracht; außerdem sind bei einigen Produktionen bescheidene Verbesserungen in der Übergabe von Inputs festzustellen, und bei mehreren Produkten gab es eine beträchtliche Erhöhung des Aufkaufpreises, d.h. des Preises, den der Staat dem Produzenten zahlt, nicht des unveränderlichen Kaufpreises, den der Verbraucher zahlt. Diese Maßnahme erstreckt sich auf bedeutende Posten wie Fleisch und Milch.

In Bezug auf die Produktion und den Vertrieb des zuletzt genannten Produktes sind wir uns bewusst, dass die materiellen Mittel zur Sicherstellung der Viehzucht noch sehr begrenzt sind. Jedoch wurde uns in den beiden letzten Jahren, die Gunst der Natur zuteil und alles weist darauf hin, dass die geplanten 384 Millionen Liter Milch erreicht werden, wengleich noch sehr weit von den 900 Millionen Liter entfernt, die wir erzeugten, als wir über das erforderliche Futter und die übrigen nötigen Inputs verfügten.

Außerdem wird seit März in sechs Municipien ein Experiment durchgeführt. Diese sind: Mantua und San Cristóbal in Pinar del Río, Melena del Sur in La Habana, Calimete in Matanzas, Aguada de Pasajeros in Cienfuegos und Yaguajay in Sancti Spiritus. Dieser Versuch besteht im Direktvertrieb von täglich 20 000 Liter Milch vom Produzenten an 230 Verkaufsläden und an den sozialen Verbrauch dieser Gemeinden.

So werden absurde Verfahrensweisen vermieden, in deren Folge dieses wertvolle Nahrungsmittel Hunderte Kilometer transportiert wurde, bevor es zu einem nicht selten nur einige hundert Meter vom Rinderstall entfernten Verbraucher gelangte mit dem entsprechenden Verlust am Produkt und Kosten an Kraftstoff.

Dafür nur ein Beispiel, besser zwei, um Camagüey besser mit ein zu beziehen: In Mantua, eins der Municipien im äußersten Westen von Pinar del Río werden gegenwärtig im Direktvertrieb 40 Läden des Municipiums mit insgesamt 2 492 Liter Milch für die Bevölkerung beliefert, die den normierten Verbrauch absichern. Das bedeutet eine monatliche Einsparung von 2000 Litern Kraftstoff.

Wie sah es bis vor vier Monaten aus? Die am nächsten liegende Pasteurisanlage befindet sich im Municipium Sandino in etwa 40 Kilometer Entfernung von der Kreisstadt Mantua. Daher musste ein Lkw minde-

stens 80 Kilometer täglich für Hin- und Rückfahrt zurücklegen. Ich sage mindestens, denn andere Zonen des Municipiums liegen noch weiter entfernt.

Die Milch, die Kindern und anderen Verbrauchern von Mantua geliefert wird, wurde kurz nach ihrer Pasteurisation Sandino in einem Fahrzeug zurückgebracht, das nach Übergabe des Produktes logischerweise zu seinem Fuhrpark zurückkehren musste. Also waren es insgesamt 160 Kilometer, zu denen eigentlich, wie ich bereits erklärte, noch mehr hinzukamen.

Ich weiß nicht, ob es derzeit noch so ist. Vor gewisser Zeit besuchte ich den Südosten der Provinz Camagüey, einen Ort namens Los Raúles – Namensvetter von mir – und stellte einfache Fragen. Die in Los Raúles produzierte Milch wurde nach Camagüey zum Pasteurisieren gebracht und danach wurde die für die Kinder von Los Raúles bestimmte Milch erneut dorthin zurückgebracht, um verkonsumiert zu werden. Ob das wohl noch so ist?

Es ist noch nicht lange her, also vor weniger als einem Jahr, fragte ich bei einer Gelegenheit, ob dieses so genannte Hin und Her, unvernünftig und absurd, bereits aus der Welt geschafft sei. Und ich schwüre, man bejagte es, und jetzt entdecken wir nun diese.

Man bedenke Dinge wie diese und man wird sehen, wie hoch die Endsumme sein wird.

Dieses Hin und Her mit der Milch geschah zum rühmlichen Zweck ihres Pasteurisierens, eine logische und notwendige Maßnahme im Zusammenhang mit städtischen Familien mit einer bestimmten Anzahl Mitglieder – obwohl in Kuba die Milch, pasteurisiert oder nicht, generell abgekocht wird – weshalb alle für die Städte bestimmte Milch weiterhin aufgekauft und pasteurisiert wird, wobei es jedoch nicht machbar ist, dass täglich ein Lkw oder hunderte von ihren diese langen Entfernungen zum Transport einiger weniger Liter Milch an Orte zurücklegt, die selbst genügend für den Eigenbedarf produzieren.

Seit dem Sieg der Revolution haben wir Kubaner gelernt, von Westen des Landes nach dem Osten zu reisen – vor allem von Osten nach Westen – jedoch haben wir in unserem Reisebestreben auch die Milch zum Vergnügen auf große Fahrt geschickt.

Neben den am Versuch beteiligten Municipien vertreiben auch weitere 3500 Läden anderer Municipien und Provinzen die Milch im Direktvertrieb mit bereits mehr als insgesamt sieben Millionen Litern.

Diese Erfahrung wird allmählich auf andere Gebiete übergreifen, so schnell wie möglich, doch ohne voreilige Verallgemeinerungsabsichten. Ihrer Ausdehnung geht in allen Fällen ein umfassende Machbarkeitsstudie voraus sowie eine Studie zum Vorhandensein der erforderlichen organisatorischen und materiellen Voraussetzungen.

So wird verfahren, bis sämtliche Municipien des Landes mit genügender Milchproduktion ihren Eigenbedarf decken und in ihrem Territorium einen geschlossenen Zyklus vom Melken der Kuh bis zum Verabreichen an das Kind oder – je nach den gegebenen Möglichkeiten – an eine andere Person aufweisen.

Das heißt, das Hauptziel dieses Versuches ist die Erzeugung der größtmöglichen Menge Milch. Das ist machbar in der Mehrzahl der Kreise, nur mit der Ausnahme der städtischen Kreise der Hauptstadt, jedoch kann man in ihren ländlichen Kreisen auch Milch produzieren. Es gibt Kreise in den Provinzhauptstädten, die genügend Milch produzieren. Das beste Beispiel ist die Provinz Santi Spiritus. Also man muss mehr Milch produzieren!

Das Hauptziel ist mehr Milch zu produzieren, in erster Linie den Bedarf unserer Kinder abzusichern. Wir reden in erster Linie über ein Nahrungsmittel für Kinder und Kranke. Damit kann man nicht spielen, ohne dass wir darauf verzichten, dass auch andere Menschen Milch bekommen können.

Also der Plan schließt ein, die Einsparung von Energiequellen, was sehr wichtig ist.

Es ist dieses nur eins der Beispiele der vielen Reserven, die immer dann auftauchen, wenn wir uns besser organisieren und eine Angelegenheit mit der nötigen Tiefgründigkeit

organisieren und sämtliche sie beeinflussende Faktoren berücksichtigen.

EINSPARUNGEN VON KRAFTSTOFFEN: EINE AUFGABE VON STRATEGISCHER BEDEUTUNG

Ich unterstreiche: Es wird keine spektakulären Lösungen geben. Vonnöten ist Zeit, und vor allem muss man seriös und systematisch ans Werk gehen und dabei jedes erzielte Ergebnis, so klein es auch sein mag, konsolidieren.

Eine weitere und – berücksichtigt man die Verschwendung – nahezu unerschöpfliche Quelle von Ressourcen liegt in der Einsparung, vor allem, wie wir bereits sagten, von Kraftstoffen, deren Preise von Mal zu Mal unerschwinglicher werden, und es ist schwierig, dass sie sinken.

Diese ist eine Aufgabe von strategischer Bedeutung, der nicht immer die nötige Aufmerksamkeit zuteil wird, denn noch sind der Verschwendung keine Schranken gesetzt. Das Beispiel der Milch genügt.

Ebenso ist es erforderlich, falls zweckmäßig die einheimische industrielle Produktion wieder aufzunehmen und neue Posten einzugliedern, um so auf Importe zu verzichten und neue Exportmöglichkeiten zu schaffen.

In diesem Sinne prüfen wir gegenwärtig eine Erweiterung in der ausländischen Investition, von der Kapital, Technologie und Märkte erwartet werden, um auf diese Weise ihren Beitrag zur Entwicklung des Landes zu nutzen, ohne dabei die durch Naivität und Unwissenheit in dieser Aktivität in der Vergangenheit begangenen Fehler zu wiederholen. Auszugehen ist von positiven Erfahrungen, von der Arbeit mit seriösen Unternehmern und ordentlich definierten Rechtsgrundlagen, die die Rolle des Staates und die Vorherrschaft des sozialistischen Eigentums wahren.

Wir werden die Zusammenarbeit mit anderen Völkern festigen in dem Bewusstsein, dass wir nur vereint und auf der Grundlage der unumschränkten Achtung des von einem jeden Land gewählten Weges siegen werden. Ein Beweis dafür ist der Vormarsch in Gemeinsamkeit mit den Brudervölkern von Venezuela, Bolivien und Nikaragua sowie unsere soliden Beziehungen zu China und Vietnam, um nur einige beachtliche Beispiele der wachsenden Anzahl von Ländern aller Kontinente zu nennen, mit denen Beziehungen aller Art in Gang gebracht werden und voranschreiten.

Unsere Priorität gilt weiterhin der Bewegung der Blockfreien und der wachsenden Bewegung der internationalen Solidarität mit der Revolution. Auch werden wir forthin mit der Organisation der Vereinten Nationen zusammenarbeiten sowie mit anderen multilateralen Organen, denen Kuba angehört und die die Normen des Völkerrechts achten und zur Entwicklung der Völker und zum Frieden beitragen.

DAS EINZIGE, WAS EIN KUBANISCHER REVOLUTIONÄR NIEMALS BEZWEIFELN WIRD, IST UNSEREN UNVERZICHTBAREN BESCHLUSS, DEN SOZIALISMUS AUFZUBAUEN

Es sind viele gleichzeitig zu schlagende Gefechte, die den Zusammenhalt der Kräfte erfordern, um die Einheit des Volkes, die Hauptwaffe der Revolution, zu wahren und die Möglichkeiten einer sozialistischen Gesellschaft wie der unseren zu nutzen. Die kommenden Wahlen zum Poder Popular werden erneut Gelegenheit geben, die außerordentliche Kraft unserer Demokratie unter Beweis zu stellen, die eine wahre Demokratie ist.

Unser aller Pflicht, speziell die der politischen Führungskräfte, ist es, uns von keinerlei Schwierigkeit überwältigen zu lassen, wie groß und unüberwindlich sie in einer bestimmten Situation auch scheinen mag.

Uns daran zu erinnern, wie wir es trotz der anfänglichen Verwirrungen und Demotivationen geschafft haben, uns den ersten Jahren der Sonderperiode zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts zu stellen und weiterzugehen. Damals haben wir es gesagt und wir haben jetzt noch mehr Grund es zu wiederholen: Ja, es kann erreicht werden!

Je größer das Problem oder die Herausfor-

derung ist, desto mehr Organisation, mehr systematisches und effektives Arbeiten, mehr Lernen und Voraussicht werden angewendet, und zwar ausgehend von einer Planung, die sich auf klar festgelegte Prioritäten stützt, ohne dass irgendjemand versucht, seine Probleme um jeden Preis oder auf Kosten Anderer zu lösen.

Außerdem ist es notwendig, mit kritischem und schöpferischem Verstand zu arbeiten, ohne Versteifung bzw. Schemas. Niemals zu glauben, dass das, was wir machen, perfekt ist, und damit auf eine Korrektur verzichten. Das Einzige, was ein kubanischer Revolutionär niemals bezweifeln wird, ist unseren unverzichtbaren Beschluss, den Sozialismus aufzubauen.

Diese tiefe Überzeugung führte Fidel dazu, am 26. Juli 1989, vor genau 18 Jahren, an diesem selben Ort jene historische und prophetische Behauptung zu verkünden, dass wir selbst für den hypothetischen Fall, dass die Sowjet Union sich desintegrieren würde, mit unserer Revolution fortfahren würden, bereit, den hohen Preis der Freiheit zu zahlen und auf der Grundlage der Würde und der Prinzipien zu handeln.

Die Geschichte hat reichlich bewiesen, dass jener Entschluss unseres Volkes die Festigkeit eines Felsen besitzt. Ihm folgend sind wir verpflichtet, alles, was wir tun, auf der Suche nach einer immer besseren Art und Weise der Durchführung in Frage zu stellen, Auffassungen und Methoden zu verändern, die zu einem bestimmten Augenblick angebracht waren, aber bereits vom Leben selbst überholt wurden.

Wir müssen uns das, was Fidel am 1. Mai 2000 gesagt hat, immer vor Augen halten, nicht um es auswendig wie ein Dogma herzusagen, sondern um es alltäglich und schöpferisch bei unserer Arbeit anzuwenden. Es ist eine Definition, die den Inbegriff der politisch-ideologischen Arbeit darstellt, als er wie folgt sagte: "Revolution bedeutet den Sinn des historischen Moments, bedeutet, all das zu verändern, was verändert werden muss, Gleichheit und volle Freiheit, den Nächsten wie ein menschliches Wesen zu behandeln und auch selbst so behandelt zu werden, uns selbst mit unseren eigenen Anstrengungen zu emanzipieren, die mächtigen herrschenden Kräfte inner- und außerhalb des sozialen und nationalen Rahmens herauszufordern, Werte zu verteidigen, an die man zum Preis des eigenen Opfers glaubt; sie bedeutet Bescheidenheit, Uneigennützigkeit, Altruismus, Solidarität und Heldentum; und der Kampf mit Mut, Intelligenz und Realismus, es ist niemals zu lügen oder ethische Prinzipien zu verletzen, und sie bedeutet die tiefe Überzeugung, dass auf der Welt keine Kraft existiert, die fähig ist, die Kraft der Wahrheit und der Ideen zu zerstören. Revolution bedeutet Einheit, Unabhängigkeit, den Kampf für unsere Träume von Gerechtigkeit für Kuba und die Welt zu führen, was die Grundlage darstellt für unseren Patriotismus, unseren Sozialismus und unseren Internationalismus."

Die beste Ehrung für den Comandante Jefe an solch einem Tag wie heute, der größte Beitrag zu seiner Genesung, ist die Bestätigung der Entscheidung, uns immer von jenen Prinzipien leiten zu lassen und vor allem an dem uns zugewiesenen Platz täglich konsequent danach zu handeln.

Wir werden, dem Erbe unserer ruhmreichen Toten getreu, ununterbrochen arbeiten, um die Orientierungen seiner Bekanntmachung und die vielen, die er uns seitdem gegeben hat oder ab jetzt noch geben wird, genau zu erfüllen.

Die Angst vor den Schwierigkeiten und Gefahren hat keinen Platz in unserem Volk, das gegenüber seinen Feinden niemals die Deckung fallen lassen wird. Das ist die beste Garantie dafür, dass man auf unseren Plätzen und wenn es notwendig sein sollte auch in den Schützengräben, für immer in diesem Land hören wird:

**Es lebe die Revolution!
Es lebe Fidel! •**

(Übersetzung: Büro für Dolmetsch- und Übersetzungsservice ESTI)